

# Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OFFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nr. 1/2

Februar 1954

1 Schilling

## 12. Februar 1934

So sind es nun 20 Jahre her, seit am 12. Februar 1934, 12 Minuten vor 12 Uhr, alle öffentlichen Uhren Wiens stillstanden — unvergeßliches Symbol dafür, daß eine Stunde geschichtlicher Entscheidung für Österreichs Arbeiterbewegung gekommen war. Unvergeßlich für alle, die schon mitdachten und mitfühlten, als es zu jenem wahrhaft historischen Geschehen kam, das allen Glanz und zugleich alle Schwäche des österreichischen Sozialismus noch einmal offenbarte.

Unvergeßlich sind die Namen der Genossen, die mit ihrer Tat und durch ihren Tod die sozialistische Bewegung in Österreich noch einmal zum Beispiel für alle werden ließen, die sich — wo immer auf der Welt — zur Freiheit und Gerechtigkeit bekannten. Nach 20 Jahren ist die Zahl derer, die mit dabei waren, schon viel kleiner geworden, und der 12. Februar wird allmählich die große Zäsur zwischen zwei Generationen; mögen sonst die Übergänge schwer abzugrenzen sein, hier liegt die Grenzlinie offen zutage.

Der 12. Februar wurde aber auch zum Tag des Abschieds von unseren Illusionen. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“, galt nicht mehr, so wie es ja in Wahrheit nie gegolten hatte. Am 12. Februar wurde offenbar, daß die Zahl der Wähler nicht die Summe der Menschen darstellte, die bereit waren, für das einzustehen, wozu sie sich bekannten. Wir wissen, wie klein schließlich die Zahl derer war, die in politisch hoffnungsloser Situation zu spät, ohne entschlossene Organisation und zentrale Leitung — im wahrsten Sinne des Wortes — mit dem Rücken gegen die Wand, zu den so lange bereit gehaltenen Waffen griff. Zu viele politische Kämpfe waren inzwischen verlorengegangen, als daß für die Massen auch nur die Möglichkeit des Erfolges am Horizont sichtbar werden konnte; zu sehr war in den Jahren und Jahrzehnten vorher nach und nach Sein und Schein verwechselt worden, war die Illusion und Verkenntung wahrer Machtverhältnisse an Stelle klarer Erkenntnis politischer Realitäten getreten.

Die Spießer pflegten zu rufen: „Man hätte nicht zu den Waffen greifen dürfen.“ Aber die Schutzbündler wußten darüber besser Bescheid: Die sozialistische Bewegung hätte diesen Namen nicht länger verdient, wenn sie bloß zur zweckbetonten Verbindung gleichgerichteter Interessenten würde und aufhören sollte, eine kämpferische Gemeinschaft zu sein. Unsere Schutzbündler, wenn auch bewußt nur die kleine Minderheit in der großen Partei, folgten an diesem 12. Februar 1934 in Linz und überall keiner anderen Disziplin als der ihres Gewissens und — so die geschichtliche Wahrheit — keiner anderen Führung als der sozialistischen Idee.

Über alledem aber erkennen wir eines, und das wollen wir niemals vergessen: Es wird nur so lange eine starke sozialistische Bewegung geben, als sie die Kraft hat, über den Tag und seine Alltagsinteressen hinaus zu wirken. Wenn wir aufhörten, in unserer Bewegung Menschen zu formen, die dazu bereit sind, als Sozialisten für die Zukunft zu wirken, dann hätten wir aufgehört, eine Gemeinschaft gleicher Gesinnung und revolutionären Gestaltungswillens zu sein.

Sorgen wir dafür, daß wir niemals ohne Menschen sein mögen, ohne Genossen und Kämpfer, deren Disziplin ihr Gewissen und deren Führung die Idee des Sozialismus ist. Erfüllen wir so das Vermächtnis unserer Februartämpfer 1934.

**Ihr Opfer wird niemals vergessen sein.**

# Vor zwanzig Jahren

Am 12. Februar 1934 hat die autoritäre Regierung Dollfuß die Erste Republik vernichtet. Die Regierung hatte den Staatsstreich schon ein Jahr hindurch mit der vollen Absicht vorbereitet, den Einfluß der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen zu zerbrechen; sie wollte die mit dem Stimmzettel auf demokratischer Entscheidung basierende Macht der Arbeiter aus dem Wege räumen und an Stelle des bisherigen demokratisch-parlamentarischen Systems einen Ständestaat errichten, in dem sie uneingeschränkt die Geschicke der Bevölkerung und des Landes bestimmen konnte. Es ging der österreichischen Reaktion um die Entscheidung: gegen die Demokratie, für einen autoritär regierten Staat. Es ging gegen die allgemeine Freiheit, von der die Masse, wie man sich versagte, „zuviel“ hatte, es ging darum, die Interessen der bürgerlichen Klassen, die die Regierung vertrat, fürderhin zu behaupten. Hinter dieser Staatsstreichregierung standen die Christlichsoziale Partei, das Großbürgertum, die Großagrarien, der politische Katholizismus, das Kapital der Banken und die Großindustrie, die Waffenhilfe Mussolinis, standen die Führer der militanten Organisationen und des Bürgertums. Dollfuß hat dieses schmachliche Ziel nur mit Hilfe der bewaffneten Heimwehren und der gegen die Verfassung mißbrauchten Exekutive erreichen können, er hat es gegen den Willen der Mehrheit des demokratisch gesinnten Volkes mit brutaler Waffengewalt durchgesetzt. Es war das letzte Auskunftsmittel gegen die in der Demokratie mächtig aufstrebende Arbeiterbewegung.

Durch die von der Regierung provozierte Herausforderung kam es in Linz und Wien und an anderen Orten zu Kämpfen zwischen der sich wehrenden Arbeiterschaft und den Heimwehren und der Exekutive. Der ungleiche Kampf, in dem die sich verteidigenden Arbeiter der Übermacht und dem technisch besser ausgerüsteten Gegner nach heldenhafter Gegenwehr unterlagen, brachte viele Freiheitskämpfer an den Galgen und in die Kerker.

Der 12. Februar war ein Tag, an dem die österreichische Arbeiterschaft für die Idee des Sozialismus, für Demokratie und Freiheit gekämpft und gelitten hat, der 12. Februar ist ein Tag, an dem wir Sozialisten und mit uns die ganze freiheitlich gesinnte Bevölkerung die Opfer dieses Kampfes ehren. Er ist ein Tag der Trauer, aber auch ein stolzer Tag aus der Geschichte der Arbeiterbewegung. Das österreichische Volk hat in seiner Mehrheit die Schmach, die ihm dieses System angetan hat, nie verwunden, es hat nie vergessen, daß das Regime den Weg der nackten, blutigen Gewalt beschritten hat, um die Herrschaft über Millionen freiheitliebender Menschen zu erlangen.

Der Heldenkampf der österreichischen Arbeiter hat die Idee zur Freiheit und Demokratie

hochgehalten, und die nachwirkende Kraft, die von dieser Haltung ausgegangen ist, hat sie gegen die Unterdrückung zweier Faschismen ausharren lassen, ohne daß sie einen Schritt von ihren Idealen abgewichen wäre. In der Nacht des Faschismus lebend, wußten die Genossen, was und wieviel sie verloren hatten. Aber schließlich hat die Gewalt der Idee gegen die Idee der Gewalt gesiegt! Die österreichischen Arbeiter haben um die neue Republik gekämpft und gesiegt, sie sind sich der Opfer eingedenk und bereit, für ihre Ideen weiterzukämpfen. Dieses sozialistische Bekenntnis hat der sozialistischen Freiheitsbewegung die Kraft verliehen, die Fesseln der Diktatur sprengen zu helfen. Vor diesem Bekenntnis, das sich zur Tat gewandelt hat, haben sich Gewalt und Unrecht nicht halten können. Vor allem hat uns aber die Vergangenheit eines gelehrt: In Österreich kann nicht ohne die Arbeiter und schon gar nicht gegen sie regiert werden. Die wirtschaftliche Existenz unseres Landes, die soziale Entwicklung und die demokratische Ordnung sind nur durch die Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeiterklasse gesichert. Diese Tatsache bildet das Fundament unserer Bewegung.

Wir feiern am 12. Februar nicht nur den Tag, an dem wir für unsere Freiheit gekämpft haben, sondern auch die Wiederauferstehung der gefestigten Idee des demokratischen Sozialismus, das Gelingen der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, die soziale Ordnung, den Frieden und die Freiheit unseres Landes. Weil uns dieses Ziel stets vor Augen schwebt und die Vergangenheit uns stündlich mahnt, erachten wir es als unsere höchste Aufgabe und Pflicht, wachsam und darauf bedacht zu sein, jeder Regung, die uns in das Gestern zurückführen könnte, zu begegnen. Das freilich ist unseren Gegnern nicht recht. Unsere Abwehrbereitschaft stört ihre Pläne, und sie wünschen nicht, an die Vergangenheit erinnert zu werden. Sie sagen uns immer wieder: „Schließt die Gräber und laßt die Toten ruhen.“ Dies ist auch unser Wunsch, aber wir sind vorsichtig. Sie haben noch nicht einen klaren Beweis erbracht, daß es ihnen Ernst ist, mit der Vergangenheit endlich zu brechen, sie haben die Bewährungsprobe auf die Demokratie, die Achtung vor Gesetz und Recht, das Bekenntnis zur wahren Freiheit, noch nicht bestanden. Solange man uns nicht durch Taten vollends überzeugt hat, werden wir ihr Gewissen immer wieder wachrufen und sie an das Unrecht erinnern.

Was wir Sozialisten aus der Vergangenheit gelernt haben, ist aber noch etwas anderes: In keinem Lande können Diktaturen, auch wenn sie eine bewaffnete Macht mit allen Mitteln anstrebt, gegen den Willen des Volkes errichtet werden, solange dazu nicht die Voraussetzungen gegeben sind. Darum wird die Reaktion immer

wieder versuchen, diese Voraussetzungen zu schaffen, um dadurch die Arbeiter zur Verzweiflung zu treiben. Sie werden diese Methode so lange anwenden, bis der Glaube der Arbeiter an die Demokratie erschüttert ist und sie „reif“ scheinen, nach einer neuen, „starken Ordnung“ zu rufen, die den Ausweg aus der bedrängten Lage bringen soll. Wohin diese Zielsetzung geführt hat, wissen wir nur zu gut: Sie hat zur Herrschaft einer selbstsüchtigen Macht geführt, die bereit ist, das Wohlergehen und die Freiheit des Volkes zu opfern, um die Ansprüche der eigenen schmalen Klassenreste zu sichern, die ein Leben in Besitz, Luxus und Pracht wünschen. Der letzte Ausweg einer solchen

herrsüchtigen Minderheit war immer wieder der Krieg, die böse Tat, die fortzeugend Böses gebar. Oder haben wir es in Österreich nicht wiederholt erlebt, daß die bürgerlichen Minister derartige Bestrebungen versucht haben? Ja wir haben sogar in der Zweiten Republik feststellen können, daß die Vertreter des Bürgertums es mit den gleichen Mitteln und Methoden versucht haben, wie ihre Vorgänger in der Vergangenheit. Wir haben Beweise genug erhalten, daß die starke politische Stellung der Sozialistischen Partei und der Gewerkschaften dem Bürgertum ein Dorn im Auge ist. Wir haben es vor der letzten Wahl erlebt, daß die Schwächung der Arbeiterklasse, nachdem ihr von der politischen Seite nicht beizukommen war, von der wirtschaftlichen ausgehen sollte. Der Kampf um die Vollbeschäftigung, um die Aufrechterhaltung der Rentensätze, um die Höhe der Löhne, der Schutz um die soziale Gesetzgebung, das alles und vieles andere haben sie zu durchlöchern versucht, in der Hoffnung, die Arbeiter wieder auf die Knie zu zwingen und sie ihren Interessen willfährig zu machen.

Auf Grund dieser Erfahrung glauben wir Sozialisten nicht an die Aufrichtigkeit der Be-

teuerungen unserer politischen Gegner. Sie haben seit 1945 keine Gelegenheit verpaßt, uns Diktaturgelüste zu unterschieben, sie haben uns zahllose Male verdächtigt und verleumdet, sie haben niemals die Wahrheit gesagt, sondern ihre Absichten hinter der Lüge verborgen. Darum müssen wir immer wieder wachsam sein.

Eine solche Entwicklung hätten die Arbeiter in der Tat zu fürchten. Aber wenn wir heute klarer denn je die Mittel und Methoden erkennen, durch die uns der Gegner den 12. Februar

aufzwingen konnte, so wissen wir auch besser als jemals, welche Mittel wir anwenden müssen, um eine Wiederholung zu verhindern. Die österreichischen Arbeiter werden, solange es das Volk will, niemals wieder auf das Recht der Mitbestimmung im Staate verzichten. Sie werden mit allen Kräften versuchen, die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen, die demokratische Ordnung aufrechtzuerhalten und gegen jede Absicht, sie zu unterhöhlen, kompromißlos kämpfen. Sie werden jede Politik, die dazu führt, die Lebensinteressen der arbeitenden Menschen einzunengen, um sie dadurch in eine

Katastrophe zu führen, abzuwehren wissen. Wir Sozialisten werden aber nicht nur den Abwehrkampf gegen alle Anschläge unserer Gegner führen, sondern in jeder Lage und um jedes Stück Errungenschaft im Interesse des Volkes kämpfen. Wir Sozialisten weisen aber auch den Weg, wie auf der Grundlage der Demokratie durch den Mehrheitsentscheid des Volkes die Sicherung des inneren Friedens zu erreichen ist.

Wenn wir am 12. Februar des Jahrestages des Unterganges der Ersten Republik gedenken, so nicht ohne uns fester denn je um die Sozialistische Partei zu scharen. Die Opfer des Freiheitskampfes dürfen nicht umsonst gebracht worden sein! Wir sind bereit, im gegenwärtigen Kampfe alles zu tun, um in der Zukunft größere Opfer zu verhindern.



# Februargedanken 1954

Die österreichische Arbeiterbewegung führt seit nahezu einem Jahrhundert ein bewußtes politisches Eigenleben. Seit 65 Jahren — Hainfeld 1889 — haben die sozialistischen Organisationen die uns vertrauten Formen angenommen.

Diese Bewegung hat ihren dramatischen Höhe- und Endpunkt im Februar 1934 gefunden. Alle bedeutenden historischen Erscheinungen und Entwicklungen pflegen sich viel länger den Zeitgenossen im Kostüm bereits überholter und überlebter gesellschaftlicher Formen zu präsentieren, als es ihrer soziologischen Realität entspricht. Mit der sozialistischen Bewegung kann es nicht anders sein. Nur haben wir es lange nicht erkannt und wohl auch nicht erkennen wollen. Die Möglichkeiten, die dem Wollen und Wirken der Arbeiterbewegung in einer konkreten geschichtlichen Situation offenstehen, messen sich nach dem Potential, das sich aus der Synthese von objektivem und subjektivem Faktor für die Sozialistische Partei ergibt\*).

Die österreichische Arbeiterbewegung zwischen 1918 und 1934 war Gefangene des unlösbaren Widerspruchs zwischen großem revolutionärem Wollen und der Grenze realen Könnens in einem kleinen ausgebluteten Land inmitten konterrevolutionärer Umwelt. Nur in Wien, wo durch ein Jahrzehnt Übereinstimmung zwischen den objektiven Möglichkeiten sozialer Reform und den subjektiven Kräften, die sich ihrer Durchsetzung zur Verfügung stellten, hergestellt werden konnte, wurde Bleibendes geschaffen. Alle weitere Zielsetzung der alten Partei vor 1934 mußte am Mißverhältnis zwischen den objektiv im Österreich der damaligen kapitalistischen Restaurationsperiode gegebenen Möglichkeiten und dem subjektiven Wollen des bewußten Kaders der Bewegung zerbrechen. Der Ablauf der Ereignisse des Februar 1934 war nur mehr dramatischer Ausdruck des Wandels der gesellschaftlichen Verhältnisse, ohne daß sich die Erscheinungsformen der Bewegung dem angepaßt hätten, ehe sie an der Übermacht der objektiv unausweichlich gewordenen europäischen Konterrevolution vollends zerbrachen.

Natürlich erhebt sich die Frage, ob zumindest für die Zeit, in der der deutsche Faschismus noch nicht vollständig wiederaufgerüstet hatte, der Sieg des Faschismus auch in Österreich unausweichlich war. Soweit man die Politik als die Kunst des Möglichen betrachtet, wird man zum Ergebnis kommen müssen, daß sich die Politik der Sozialdemokratischen Partei vor 1934 der Grenzen ihrer Möglichkeiten nicht bewußt war. Den Anschauungen einer Zeit und Periode des Klassenkampfes verhaftet, die nicht mehr gültig waren, blieben die Grenzen für die Demonstration und die leere Geste zu weit gesteckt, als die noch dazu immer wieder unterschätzte Kraft der Bewegung objektiv immer mehr schwand. War der 12. November 1918 Ausdruck durch gewaltige revolutionäre Ereignisse in der Welt freigelegter objektiver Möglichkeiten, denen sich ein zaudernder, in der Beurteilung dieser Möglichkeiten sehr zurückhaltender subjektiver Faktor gegenüber sah, war es 15 Jahre später anders. Die historische Bedeutung der Februarkämpfe lag nur mehr in den Bezirken des Subjektiven, auf die objektive Entwicklung hatten sie keinen Einfluß mehr. Die Rückwirkungen des 12. Februar auf die Menschen, die die Tradition eines halben Jahrhunderts sozialistischer Bewegung auch im Faschismus fortsetzen und hochhalten sollten, waren allerdings gewaltige. Aber für volle elf Jahre, 1934 bis 1945, sollte die sozialistische Bewegung in Österreich nur mehr — und das war außerordentlich und ohne Februar nicht denkbar — in den Köpfen und Herzen der Menschen fortbestehen. Politische Realität besaß sie nicht mehr.

1945 haben neue weltgeschichtliche Veränderungen

\*) Es ist heute das Potential der Sozialistischen Partei allein, das politischer Berechnung zugrunde gelegt werden kann. Jener Teil sozialistischen subjektiven Faktors, der sich nach dem 12. Februar 1934 mit der Kommunistischen Partei verbunden hat, ist in der heutigen weltpolitischen Lage, in der Auswirkung ein Minus der Arbeiterbewegung.

der Sozialistischen Partei — scheinbar — die alte Gestalt wiedergegeben und neue Möglichkeiten neuen Wirkens in vollständig veränderter Umwelt geschaffen. Gleichgeblieben ist die Abhängigkeit Österreichs von der Weltpolitik; die österreichische Arbeiterbewegung muß von Gegebenheiten ausgehen, die durch die internationale Lage bedingt sind. Im Land selbst sind es aber ganz andere Bedingungen ihrer Arbeit, die die Sozialistische Partei vorfindet. Die anderen Gesellschaftsklassen sind weit schwächer geworden, als sie es vor zwanzig Jahren waren. Ihr Einfluß ist zurückgedrängt, im Gefolge der Ereignisse von 1945 ist die Sphäre der Gemeinwirtschaft — vor 1934 auf die kommunale Verwaltung in Wien beschränkt —, außerordentlich ausgeweitet und gefestigt neben den privaten Sektor unserer Volkswirtschaft getreten. Die objektiven Möglichkeiten des Wirkens der Sozialistischen Bewegung sind unvergleichlich größer als jemals vor 1934. Unter diesen veränderten Bedingungen ihrer Arbeit wird für die Sozialistische Partei das Problem, inwieweit der subjektive Faktor den Anforderungen und Möglichkeiten der Gegenwart gerecht wird, schlechthin zur Frage ihres Fortbestehens als Bewegung, die man seit Jahrzehnten mit allem gesellschaftlichen Fortschritt zu identifizieren gewöhnt war. Durch erweiterten Einfluß mit Verantwortung und Mitverantwortung belastet, die die Bevölkerung auch fest entschlossen ist, der Sozialistischen Partei in vollem Umfang anzulasten, muß diese allen Radikalismus, der einst den Fonds grundsätzlicher Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Zuständen gebildet hat, umwerten und umsetzen, um den an sie gestellten Forderungen nach praktischer Gesellschaftsreform nachkommen zu können. Wenn Banken und große Industrie- und Verkehrsunternehmungen, kommunale und große Teile der staatlichen Verwaltung sozialistisch geführt werden, ist doch nichts selbstverständlicher als die kritische Prüfung der von den neuen Verwaltern erreichten Ergebnisse. Wenn auch die Sozialdemokratische Partei nach 1918 in Bezirke des gesellschaftlichen Lebens eindrang, die früher der Arbeiterbewegung verschlossen geblieben waren, ist sie doch zu dieser Zeit in allen wesentlichen Fragen des Staates und der Wirtschaft Oppositionspartei geblieben. Die Form ihrer Willensäußerung war grundsätzlich die Propaganda des gesprochenen und geschriebenen Wortes geblieben. Schaubühne der politischen Aktion stellten Parlament und andere Vertretungskörper dar.

Heute muß man keinen Nachweis darüber führen, daß die Schichten, deren Interessen von der Sozialistischen Partei vertreten werden, nicht Propaganda für soziale Reform, sondern die soziale Reform selbst erwarten und — sollte sie ausbleiben oder ungenügend ausfallen — Taten statt Worten immer stürmischer fordern werden. Auch die Erweiterung des eigenen Einflußkreises durch die Sozialistische Partei, die Gewinnung neuer Schichten für die Sozialistische Partei, ist keine Frage der besseren oder wirksameren Propaganda mehr. Der politische Erfolg wird immer wesentlicher davon abhängen, ob die Sozialisten deutlich machen können, daß sie anders als die anderen sind und daß ihnen der Wille und die Fähigkeit, nicht stehenzubleiben, sondern in echter gesellschaftlicher Reform radikal geblieben zu sein, geglaubt werden kann. In dieser Richtung werden in den nächsten Jahren manche Entscheidungen fallen.

Die Schutzbündler 1934 hatten alles geschichtliche Recht, sich auf die Umstände zu berufen, als ihnen der Erfolg ihrer Aktion versagt blieb.

Die Sozialisten 1954 können Gleiches nicht tun. Heute liegt es an den Menschen und daran, wie sie den Verpflichtungen, die sie gegenüber der großen Vergangenheit einer großen Bewegung übernommen haben, gerecht werden. Von uns hängt ab, wie die Ergebnisse des Wirkens der Arbeiterbewegung unter den neuen Bedingungen seit 1945 geschichtlich zu beurteilen sein werden.



# Gedenkfeiern

in Linz an der Donau

aus Anlaß der  
zwanzigsten Wiederkehr der Februarkämpfe des Jahres 1934

## Programm

10 Uhr

**Feier im Zentralkino - Hotel Schiff**

Kranzniederlegung

Redner:

Genosse Dr. Ernst Koref, Genossin Rosa Jochmann, Genosse Dr. Bruno Pittermann

15 Uhr

**Kundgebung im Waldfriedhof von Linz**

Mahnmalenthüllung für die Opfer des 12. Februar 1934

Redner: Genosse Ludwig Bernaschek

Anschließend an die Gedenkkundgebungen findet die Bundeshauptversammlung  
des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus statt

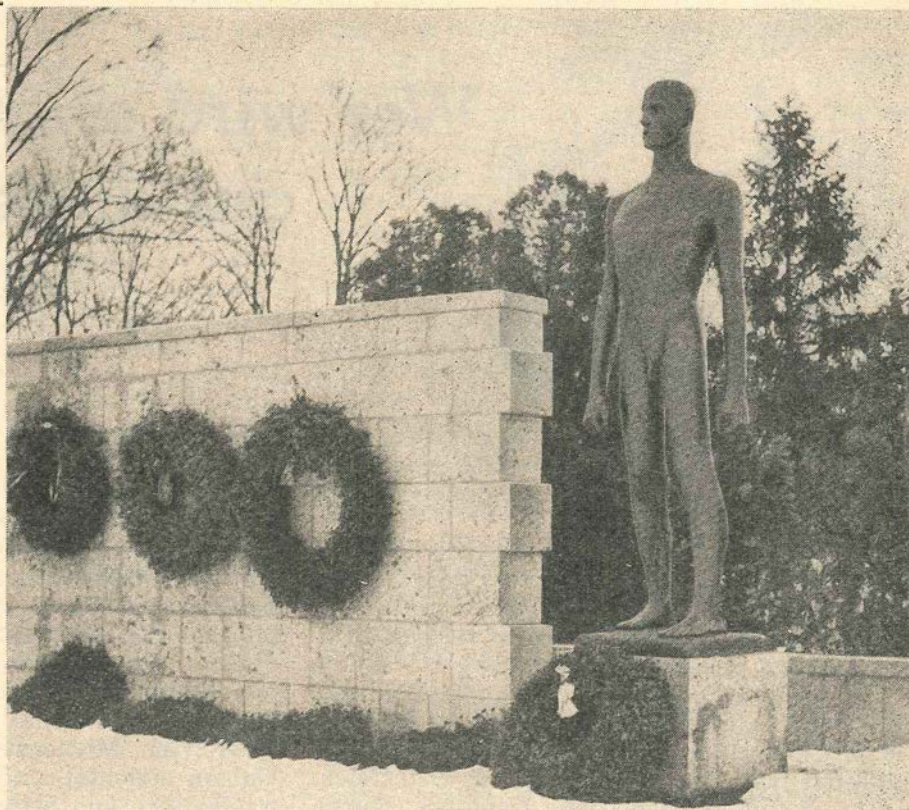


# FEBRUARFEIERN

in den Wiener Bezirken,

veranstaltet von den Bezirksorganisationen der SPÖ und dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer:

1. Bezirk am 12. Februar um 19 Uhr, Werdertorgasse 9, I. Stock
2. Bezirk am 12. Februar um 19.30 Uhr, Ybbsstraße 15
3. Bezirk am 12. Februar um 19.30 Uhr, Borromäusplatz 3, Festsaal
4. Bezirk am 12. Februar um 19.30 Uhr, Wiedner Hauptstraße 60B
5. Bezirk am 12. Februar um 19.30 Uhr, Kohlg. 27, Franz-Domes-Saal
6. Bezirk am 12. Februar um 19.30 Uhr, Königseggasse 10
8. Bezirk am 12. Februar um 19.30 Uhr, Josefstädter Straße 39, Festsaal
10. Bezirk am 12. Februar um 19 Uhr, Gartensaal des Arbeiterheimes Favoriten
11. Bezirk am 12. Februar um 20 Uhr, SVK-Kino am Enkplatz
12. Bezirk am 14. Februar um 9 Uhr im Philadelphia-Kino, Wilhelmstr.
13. Bezirk am 12. Februar um 19 Uhr, Goldmarkplatz 1
15. Bezirk (a) am 12. Februar um 19 Uhr, Hackengasse 13
15. Bezirk (b) am 12. Februar um 19.30 Uhr, Rustengasse 9
16. Bezirk am 12. Februar um 19.30 Uhr, Arbeiterheim Ottakring, Großer Saal
17. Bezirk am 11. Februar um 17 Uhr, Kranzniederlegung  
auf dem Hernalser Friedhof  
im Gemeindebau Holy-Hof  
im Gemeindebau Eifler-Hof
18. Bezirk am 11. Februar um 20 Uhr, Gentzgasse 62, Großer Saal
19. Bezirk am 14. Februar um 9.30 Uhr im Olympia-Kino, Sieveringer Straße 25
20. Bezirk am 12. Februar um 19 Uhr, Raffaelgasse 11
22. Bezirk am 12. Februar um 19 Uhr, Franz-Novy-Heim
25. Bezirk am 14. Februar um 9 Uhr im Theaterkino Liesing
- Mödling: 11. Februar um 17.30 Uhr, Kranzniederlegung am Mahnmal  
auf dem Mödlinger Friedhof
13. Februar um 15 Uhr, Gedenkfeier in der „Mödlinger Bühne“



# Kundgebung

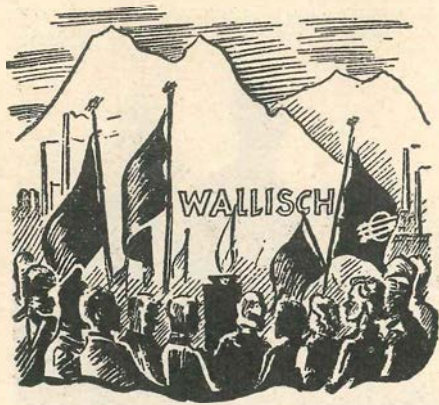
**auf dem Wiener Zentralfriedhof  
am Donnerstag, dem 11. Februar**

**Es spricht Genossin Rosa Jochmann**

*Es wirken mit:*

**Das Orchester der Wiener Verkehrsbetriebe  
Der Arbeitersängerbund Ost**

*Veranstaltet wird diese Kundgebung vom Parteivorstand der Sozialistischen Partei Österreichs, der Landesorganisation Wien der SPÖ und dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus — Treffpunkt: 18 Uhr beim 2. Tor des Zentralfriedhofes und gemeinsamer Gang zum Mahnmal*



## Wer wird antworten auf dieses Verbrechen?

Ich bin an einem heiligen Ort gewesen, habe heiligen Boden betreten, geheiligt von Tausenden jetzt, vielleicht von Millionen in der Zukunft.

Ich bin unter Genossen am Grabe von Koloman Wallisch gestanden, unter dem klaren Märzhimmel im kleinen Friedhof von Leoben mit den hohen, schneebedeckten Bergen über uns und dem reißenden Fluß unten.

Das ist die Geschichte von Koloman Wallisch, die erzählt wird in Bruck, Graz und Leoben, wie sie geflüstert wird von Mund zu Mund durch das noch immer sozialistische Österreich.

Am Sonntag nach den Kämpfen wurde Koloman Wallisch verraten und in den Bergen gefangen. Die Berg- und Metallarbeiter und die Bauern erhielten die Nachricht, daß der Genosse, den sie geliebt und der sie in guten und schlechten Zeiten, der sie im Kampfe führte, auf dem Weg zum Tod sei. Er wurde nach Leoben gebracht, die Hände mit einem Strick gefesselt, von 60 Gendarmen eskortiert. Seine Frau Paula war bei ihm. Nachmittags 2 Uhr begann die Verhandlung.

In der Mitte des Gefangenhauses ist ein Hof, der Holzhof. Am Montag früh wurden Interessenten eingeladen, einen Galgen zu errichten; doch fand sich in ganz Leoben nicht eine einzige Firma, die mit dieser Arbeit etwas zu tun haben wollte. So haben gewöhnliche Verbrecher den Galgen aufgestellt. Am gleichen Montag kam der Henker Spitzer mit seinen zwei Assistenten aus Wien. Er ging in das größte Hotel; als man aber erfuhr, wer da gekommen sei, um Wallisch zu henken, da warf man ihn kurzerhand hinaus. So ging er ins Café des Hotels am Marktplatz; aber auch da warf man ihn hinaus.

Er kehrte dann in einem kleinen Gasthof ein, bestellte sich Brandy und betrank sich. Prahlerisch erzählte er, weswegen er gekommen sei. Aber überall in der Stadt mieden ihn Frauen und Männer, als wäre er unrein.

Die Verhandlung dauerte sehr lange, denn der Vorsitzende — ein anständiger Mensch —

gab Wallisch Gelegenheit, eine große Verteidigungsrede zu halten. Doch um 7 Uhr abends telephonierte Dollfuß aus Wien. Er sprach mit dem Vorsitzenden persönlich und fragte an, warum das Urteil noch nicht gesprochen sei. Um 9.30 Uhr war die Regierung befriedigt: Koloman Wallisch war zum Tode verurteilt worden. Er bat seinen Verteidiger, nicht an den Bundespräsidenten wegen Begnadigung zu appellieren. Dr. Wagner jedoch, der ihn verteidigte, erfüllte seine Pflicht und telephonierte nach Wien. Mittlerweile wurde im Holzhof der Galgen errichtet, und um 10 Uhr marschierten 60 Soldaten auf, begleitet von hohen Offizieren, Polizeibeamten und Zivilzeugen.

Die Genossen aber in den nahegelegenen Zellen wachten, warteten und — wußten.

Man fragte Wallisch in seiner Zelle nach seinen letzten Wünschen. Er sagte, er müsse seine Frau sprechen, denn sie waren in all den Jahren ihrer Ehe in tiefer Liebe verbunden. Als die Frau in die Zelle gebracht wurde und die Polizei sah, schrie sie auf: „Mörder! Henker!“ Doch Wallisch beruhigte sie. Dann kam sein Bruder, auch er weinte, nur Wallisch war ruhig und ohne Tränen. Lächelnd erbat er sich Zeitungen, um zu sehen, was für Lügen man über ihn verbreitete, und dann — trotzdem er nie vorher in seinem Leben Wein getrunken hatte — ersuchte er um Wein und Keks.

Die dritte Stunde kam, und Paula weinte und schluchzte. Der Gefangenhäusdirektor brachte ein Taschentuch mit Chloroform getränkt und gab es Wallisch. Er selbst hielt es seiner Frau ins Gesicht, bis sie einschlief, und legte sie dann auf den Strohsack in seiner Zelle nieder. Dann bat er, man möge ihm seine drei Genossen aus Bruck bringen, die mit ihm Seite an Seite gekämpft hatten und nun ebenfalls gefangen waren. Als sie kamen, sagte er zu ihnen: „Der Tag wird kommen, für welchen wir gekämpft haben, und nach meinem Tode wird niemand mehr gehenkt werden.“ Als dann der Telephonanruf aus Wien kam, daß die Begnadigung abgelehnt sei, sagte er: „Ich wußte es.“

**Die Freiheit müssen wir  
immer wieder erkämpfen!**



Der Henker Spitzer kam in seine Zelle und fragte Wallisch, ob er einen Priester wünsche, was Wallisch verneinte. Hierauf führte man ihn mit gefesselten Händen in den Hof, wo der Galgen fackelbeleuchtet in der Nacht stand. Als Wallisch diesen erblickte, stutzte er einen Moment, ging dann aber weiter, vorbei an den Zellen, in denen die anderen sozialistischen Gefangenen waren, die sich an die Gitterstäbe klammerten, um ihn zum letztenmal zu sehen. Sie erzählten nachher, daß Wallisch ebenso stolz, heiter und tapfer zum Mordpfahl ging als sonst immer zu großen Versammlungen. Er stellte sich mit dem Rücken zum Pfahl.

Der Henker stieg die Stufen hinauf; er trug weiße Handschuhe und einen schwarzen Hut. Wallisch rief: „Es lebe die Sozialdemokratie! Hoch die Freiheit!“

Doch die letzte Silbe des letzten Wortes „Freiheit“ wurde bereits erstickt. Spitzer packte von oben den Strick und schnürte ihn zusammen, während die beiden Henkersknechte Wallisch nach unten zogen und ihn so erwürgten. Langsam endete der Todeskampf, und erst nach zwölf Minuten war Wallisch tot. Das Urteil war vollstreckt.

Soldaten, Richter und Zeugen verließen den Hofhof. Beim Passieren rief ihnen ein Gefangener das Wort „Mörder“ zu. Die sofortige Untersuchung nach dem Rufer blieb ergebnislos. Der Hof lag wieder still und leer, nur der Körper des gemordeten Wallisch hing im weißen Fackellichte und wachte zwei Stunden über seine trauernden Genossen.

In frühester Morgenstunde kam der Henker mit Militär, nahm den Körper ab, legte ihn in einen schwarzen Holzarg und führte ihn weg.

Keinem Arbeiter wurde erlaubt, an der Verhandlung gegen Wallisch teilzunehmen, nur den „Damen und Herren“ der besseren Gesellschaft war dies gestattet. Aber die Arbeiter wachten die ganze Nacht versteckt in den Straßen und warteten auf den Leichenwagen. Sie sahen, wie der Sarg auf den Friedhof gebracht wurde. Das Tor wurde sofort versperrt; doch sie erkletterten

die Friedhofsmauer und bezeichneten den Platz, wo ihr Führer begraben wurde. Als der Morgen kam, war das Grab mit Blumen bedeckt. Trotzdem die Polizei diese Blumen entfernte, wurden immer mehr und mehr gebracht, bis die Geistlichkeit, von Furcht gepackt, erklärte, daß die Blumen liegenbleiben müssen. Nun sind jeden Tag frische Blumen auf dem Grab des gemordeten Führers.

Am Samstag ging ich mit einem englischen Genossen zum Grab. Wir brachten einen Kranz aus blühenden Heideblumen, roten Nelken und tiefroten Hyazinthen. Wir schrieben eine Karte mit den Worten:

„To Wallisch, hero of the whole world, from English Labour Party comrades. With Love.“\*) Das Grab war ein einziges Blumenbeet. Föhrenäste und Tannenzweige, Palmkätzchen, Schneerosen, Veilchen und Mimosen lagen dort. Doch nichts Geschriebenes lag dabei, da die Polizei noch immer alle zwei Stunden kommt und jede Karte wegnimmt.

Zwei Frauen kamen und gesellten sich zu uns, dann ein Mann und wieder einer, und es waren noch keine zehn Minuten vergangen und da waren bei zwanzig Personen versammelt. Die Männer und Frauen umstanden das Grab und sprachen von dem, zu dem sie kamen, um zu trauern, und versprachen, daß er niemals vergessen werden wird. Mancher sagte mit Tränen in den Augen, an die Gefährten Wallischs denkend: „Man muß sich schämen, in der Sonne zu gehen, während die Besten der Guten noch immer im Kerker schmachten.“ Tränen standen in den harten Gesichtern.

Aus der Stadt und vom Land pilgerten jeden Tag Männer und Frauen zu ihrem Altar, Versprechungen im Herzen. Sie wissen, daß Wallisch nicht vergebens starb. Sie wissen und auch ich weiß, daß Wallisch fortleben wird in ihren Herzen und ihrem Geiste, für die sozialistische Zukunft in Österreich und in der ganzen Welt.

\*) „Wallisch, dem Helden der ganzen Welt, von Genossen der englischen Arbeiterpartei. In Liebe.“



Grabmal in  
Bruck an der Mur

# DAS VERHÖR

Als Kind proletarischer Eltern hat Weissel Not und Elend frühzeitig kennengelernt, aber auch bald begriffen, daß sich die Arbeiterklasse zur Wehr setzen müsse. Schon als junger Student betätigte er sich fleißig in der sozialistischen Bewegung. Besonders das Verhältnis des Proletariats zum staatlichen Machtapparat interessierte ihn. Das Studium der Wehrfragen war eines seiner Lieblingsgebiete. Eine Zeitlang war er Kommandant der Akademischen Legion des Republikanischen Schutzbundes, geliebt und geachtet von seinen Genossen. Nach Beendigung seiner Studien trat Weissel in den Wiener Gemeindedienst, selbstverständlich auch in seinem neuen Wirkungskreise der Alte bleibend. Jede freie Stunde widmete er der Arbeiterbewegung. Mitunter riß ihn sein revolutionäres Temperament über die Realitäten des Alltags hinweg und er träumte von dem großen Umsturz, der mit einem Schläge aller Not des Proletariats ein Ende bereiten sollte...

Der zwölfte Februar fand ihn auf seinem Posten. Er tat seine Pflicht, selbstlos wie immer, treu hingegeben der Idee, die ihm mehr war als sein junges Leben.

Aus dem Verhör vor dem Standgericht seien einige charakteristische Stellen wiedergegeben:

Vorsitzender: Wußten Sie, daß eine Aktion gegen die Regierung im Gange ist?

Angeklagter: Gewiß.

Vorsitzender: Wenn Sie schon den Mut haben, das zu machen, und wenn Sie dem Branddirektor sagen: Ich bin Revolutionär, sollten Sie auch jetzt den Mut haben, es zuzugestehen. Geben Sie zu, daß Sie gegen die Regierung kämpfen wollten?

Angeklagter: Ja.

Vorsitzender: Wollen Sie den Namen dessen, der Ihnen den Auftrag zum Vorgehen gegeben hat, nennen?

Angeklagter: Das ist der Gaswerksarbeiter Heinz Roscher in Leopoldau. Der Roscher erklärte mir, daß die Bewaffnung der Feuerwehrmannschaft durchzuführen sei.

Vorsitzender: Von wem hat der Roscher den Auftrag?

Angeklagter: Muß ich das angeben?

Vorsitzender: Nein. Sie haben mannhaft ein Geständnis abgelegt, schließlich brauchen Sie andere nicht hineinzuziehen. Sind die Feuerwehrleute nicht gezwungen gewesen, dem Schutzbund anzugehören?



Gemeinsame Veranstaltung der Landesorganisation Wien der SPÖ, der Sozialistischen Bildungszentrale, des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus und des Bundes sozialistischer Akademiker

## „Ruf der Freiheit“

im Volkstheater in Wien

Samstag, den 13. Februar, Beginn 19.30 Uhr

Sonntag, den 14. Februar, Beginn 10.00 Uhr

Eintrittskarten werden von den Organisationen ausgegeben

Angeklagter: Nein, niemals.

Vorsitzender: Sind alle ihre Leute ohne weiteres mitgegangen?

Angeklagter: Ja, ich habe meine Leute in der Hand gehabt.

Vorsitzender: Haben Sie auch geschossen?

Angeklagter: Ich habe einmal einen Schuß in das Stiegenhaus abgegeben.

Vorsitzender: Sie wurden von einem Ingenieur, namens Ruttner, gewarnt. Warum haben Sie trotzdem die Bewaffnung durchgeführt? Vielleicht aus Überzeugung?

Angeklagter: Ja.

Vorsitzender: Sie hätten doch noch vielleicht Gelegenheit gehabt, von Ihrem Vorhaben zurückzutreten?

Angeklagter: Diese Gelegenheit habe ich eben versäumt. Ich habe dem Branddirektor erklärt, daß ich nicht zurücktreten könne, wir stünden auf dem revolutionären Standpunkt. Als man mich neuerdings aufforderte, war es schon zu spät, der Rückzug von der Polizei bereits abgeschnitten.

Vorsitzender: Warum haben Sie sich der Polizei ergeben?

Angeklagter: Weil wir zu wenig waren.

Vorsitzender: Und wenn Sie mehr gewesen wären, hätten Sie sich nicht ergeben?

Angeklagter: Dann selbstverständlich nicht. In der Feuerwache waren etwa 60 Mann, aber nur ein Teil bewaffnet.

Staatsanwalt: Sie dachten wohl, daß Revolution ausgebrochen sei?

Angeklagter: Wir haben auf Verstärkung gewartet und damit gerechnet. Die Verstärkung ist aber ausgeblieben.

Der unmittelbare Vorgesetzte Weissels, Branddirektor Wagner, gab eine Schilderung seiner Auseinandersetzung mit dem Angeklagten, als er erfahren hatte, daß sich die Feuerwehr bewaffne. Danach meldete der Ingenieur Ruttner, ein Kollege Weissels, am Dienstag früh um 8 Uhr, daß Weissel die Feuerwehrleute bewaffne. Daraufhin habe er (Branddirektor Wagner), den Befehl gegeben, die Mannschaft sofort zu entwaffnen. Weissel mischte sich in das Telefongespräch ein, sagte, „das gehe nicht“, „das mache er nicht“... Branddirektor Wagner fragte ihn, ob er denn wahnsinnig geworden sei und Weissel antwortete: „Ich verlasse meine Kameraden nicht“ und hängte ab. Ruttner meldete sich wieder und der Zeuge gab ihm Befehl, über die Hofmauer zu klettern und die Polizei zu verständigen. Beim nächsten Anruf meldete sich der Telegraphist Maus, der wieder Weissel rief. Dieser äußerte sich auf den Befehl, die Waffen abzugeben: „Das tue ich nicht, ich bin ein Revolutionär.“ Der Branddirektor verständigte daraufhin das Polizeipräsidium.

Unerschrocken, wie während der Kämpfe,

# Niemals vergessen

**Josef Ahrer, Steyr**

**Anton Bulgari, Linz**

**Johann Hois, St. Pölten**

**Karl Münichreiter, Wien**

**Viktor Rauchenberger, St. Pölten**

**Josef Stanek, Graz**

**Emil Swoboda, Wien**

**Koloman Wallisch, Bruck a.d. Mur**

**Ing. Georg Weissel, Wien**

und mannhaft, wie während der ganzen Verhandlung, verhielt sich Weissel auch bei der Verkündung des Todesurteils.

Um 21.43 Uhr erschien der Gerichtshof wieder im Saal und der Vorsitzende, Vizepräsident Hanel, verkündete das Urteil. Der Angeklagte Georg Weissel wurde des Verbrechens des Aufruhrs schuldig befunden und gemäß § 74 StG zum Tode durch den Strang verurteilt.

Weissel nahm das Urteil völlig unbewegt auf und auf die Frage des Vorsitzenden, ob er das Urteil verstanden habe, entgegnete er mit lauter, fester Stimme: Ja.

Vorsitzender: Gegen dieses Urteil gibt es kein Rechtsmittel.

Vorsitzender: Wollen Sie einen geistlichen Beistand?

Angeklagter: Nein.

Nach Mitternacht wurde das Urteil vollstreckt.

Ungebeugt und aufrecht schritt Weissel zum Galgen, sein letztes Wort galt der Idee, für die er nun im Alter von 35 Jahren starb. Als ihm der Henker die Schlinge um den Hals legte, ertönte zum letzten Male seine Stimme: „Hoch der revolutionäre Sozialismus!“

## Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Franz Bauer, Robert Blau, Hans Christian Broda, Franz Fleck, Fritz Glück, Fritz Konir, Bruno Kreisky, Leopold Londgäß, Karl Mark, Naomi Mitchison, Helene Potetz, Karl Hans Sailer, Rudolf Trimmel, Mimi Zeman.

# Das Vermächtnis des Februar

In Ehrfurcht gedenken wir der Kämpfer, die sich im Februar 1934 gegen faschistische Gewalt zur Verteidigung der Freiheit erhoben. Zwanzig Jahre nachher ist die Erinnerung an ihre große Tat in uns noch wach wie am ersten Tage. In Trauer beugen wir uns vor den Gräbern der Helden, die in dem ungleichen Kampfe gefallen sind, vor den Märtyrern, die auf den Galgen der faschistischen Sieger ihr Leben ließen.

Weil wir in jenen bitteren Tagen dabei waren, so wissen wir es: Der Kampf im Februar, den uns ein erbarmungsloser Feind aufgezwungen hatte, er sah nicht nur Heldentum und Opfermut, sondern auch Verrat und feiges Versagen. Zu viele waren in dem vorangegangenen kalten Krieg der Nerven müde geworden, als daß sie dann in der letzten Stunde, die der Freiheit gegeben war, den Kampf noch wagten. Aber um so heller strahlt die verklärte Legende von jenen Tapferen, die mit der Gewißheit der Niederlage vor Augen zu den Waffen griffen und selbst zu sterben bereit waren, damit die Idee, der sie dienten, weiterlebe.

Nun, zwanzig Jahre später, da eine neue Generation, die von jener Zeit nicht mehr viel weiß, unsere Reihen auffüllt, stellt sich uns die schicksalhafte Frage: War die Tat der Februar-kämpfer vergeblich, fielen sie als sinnlose Menschenopfer einer verworrenen Zeit, und ist die Geschichte über ihre Gräber hinweggegangen? Oder hat ihr Opfer Sinn bekommen?

Die Frage ist noch nicht endgültig beantwortet. Wir haben sie uns täglich neu zu stellen.

Wir haben die sinkende Fahne niemals fallengelassen. Wir haben sie aus der Hand der sterbenden Männer des Februar aufgenommen und durch die Nacht des Faschismus getragen. Sie hat uns geleuchtet in den Katakomben der Illegalität und war mit uns in den Gefängnissen und Konzentrationslagern wie in den Gräbern des Krieges, in die uns die faschistischen Mörder zwangen.

Als dann Krieg und Faschismus niederbrachen, da haben wir die Fahne des Februar im Triumph wiederaufgerichtet. Daß in all den faschistischen Jahren die Idee des Sozialismus ihre Leuchtkraft bewahrt hat und daß sie wieder die Massen der arbeitenden Menschen in ihren Bann zu ziehen vermochte, das danken wir vor allem den Männern des Februar. Mit dem Wiedererstehen der sozialistischen Arbeiterbewegung war zum ersten der Beweis erbracht, daß das Opfer des Februar nicht vergebens war.

Aber wir haben auch zu fragen, ob die Sicherheit gegeben ist, daß sich ein Unglück wie das des Februar 1934 nicht wiederhole. Der Februar war die letzte Konsequenz der verhängnisvollen Bürgerblockpolitik, die die Arbeiter um jeden Preis von der Mitarbeit und Mitverantwortung im Staate auszuschließen und um ihre sozialen und politischen Errungen-

schaften zu bringen suchte. Als es Prälat Seipel, dem haßerfüllten Priester und Führer des Bürgertums, in der Ersten Republik nicht gelang, dieses Ziel mit parlamentarischen Mitteln zu erreichen, förderte er die Sammlung und Aufrüstung der faschistischen Banden der Heimwehr, mit deren Waffenhilfe dann seine Nachfolger im Februar die Arbeiterbewegung niederwarfen und die Demokratie zerstörten.

Auch heute sind wieder Kräfte am Werke, die einem antisozialistischen Bürgerblock das Wort reden und es darauf abgezielt haben, die Sozialisten zurückzudrängen und von der Mitarbeit im Staate auszuschalten. Sie wagen das heute noch nicht offen auszusprechen, aber ihr Verhalten läßt erkennen, daß sie, um kontrollos regieren und draufloswirtschaften zu können, auch nicht davor zurückschrecken würden, den Boden der Demokratie von neuem preiszugeben.

## Februar 1934

Die Erde, die rote, von Wien  
Hat das Blut ihrer Söhne getrunken,  
Die Fahnen, die roten, von Wien  
Sind brennend zu Boden gesunken.

Kanonen gegen die neue Zeit  
Und gegen den Geist Gendarmen,  
Maschinen gegen die Menschlichkeit,  
Den Brand in die Häuser der Armen.

Kein Weihwasser wäscht den Boden mehr rein  
Vom Blute der opfernden Scharen,  
Wenn Menschenmund schweigt, so wird jeder Stein  
Die Schande der Mörder bewahren.

Das Standgericht gegen den standhaften Mut  
Und gegen die Wahrheit — Lügen!  
Die alte Welt lechzt nach jungem Blut,  
Sie saugt es in gierigen Zügen.

Das leuchtende Banner ist aus der Hand  
Unserer sterbenden Brüder geglitten,  
Wir nehmen es auf, wir tragen das Pfand  
Der Freiheit, für das sie gestritten.

Sie setzten im Kampf ihren Leib aufs Spiel,  
Ihre Seele ringt ewig weiter,  
Wo einer von ihnen zu Boden fiel,  
Wächst der kommenden Welt ein Streiter.

Uns bindet der Eid, den die Männer von Wien  
Im Todeskampf gläubig geschworen.  
Wir geben die rote Erde von Wien,  
Die heilige, niemals verloren.

Allen, die mit solchen frevlen Gedanken spielen, sei das Opfer der Männer des Februar eine Warnung: Wer die Arbeiter um ihr demokratisches Recht der Mitbestimmung bringen will, der gibt damit die Demokratie auf, und am Ende dieses Weges stünden wieder Bürgerkrieg und Untergang.

Für uns selber aber soll das Vermächtnis des Februar eine ewige Mahnung sein. Eine Bewegung, für die Menschen bereit waren, Familie und Existenz aufs Spiel zu setzen und selbst ihr Höchstes, ihr Leben, zu geben, und deren Märtyrer sich noch in ihrer letzten

schwersten Minute ungebeugt zu ihrer Idee bekannten, eine Bewegung, die auch in der tiefsten Demütigung der Niederlage unzählige Getreue fand, die Leid und Verfolgung auf sich nahmen — das ist nicht eine Partei wie irgendeine, die bunt zusammengewürfelt ist nach Nützlichkeit und Zweck und um kleinlicher Vorteile wegen. Eine Partei, die ein solches Vermächtnis zu wahren hat, ist auch nicht frei, das Gesetz ihres Handelns von billigem Oppor-

tunismus bestimmen zu lassen, der die Grundsätze verleugnet, für die die Männer des Februar kämpften und starben.

Das Vermächtnis des Februar bedeutet für uns die sittliche Verpflichtung, den Weg zu gehen, dessen Vision die Helden vor sich sahen in ihrem vergeblichen Kampfe um die Freiheit und dann in der Todesangst und in der Verklärung ihres letzten Augenblickes: den Weg zum Sozialismus!

## Emil 13-jähriger erlebt den 12. Februar

Er war ein großer, hagerer, starkknochiger Mann, unser Genosse Emil Swoboda, aus dessen Augen immer ein freundlicher Glanz leuchtete, er war besonders für uns der Kinderfreund. Ich hatte Gelegenheit, als Klassenkamerad seines Sohnes einige Male in der netten, sauberen Gemeindeführung zu Gast zu sein, in dem Wohnhaus, das jetzt den Namen „Swoboda-Hof“ trägt. Genosse Swoboda war zu dieser Zeit arbeitslos. Er half seiner Frau in der Hauswirtschaft und lehrte uns Buben auf einer Mundharmonika — erst einmal zuhören und dann ein bisschen spielen. Ich höre den Klang heute noch in meinen Ohren: Von all unseren Kampfesgenossen war keiner so lieb und so gut... und ahnte damals nicht, wie bald dieses Lied zum Schicksal dieses Mannes werden würde. Es war eine trauliche Stimmung jedesmal, wenn er nach unserem stürmischen Betteln dem kleinen Instrument kampferprobte Weisen entlockte. Wir saßen auf dem Fußboden rundum, und wenn die Dämmerung herabsank, dann war es besonders feierlich. Wir sahen nur die Umrisse der Gestalten, und die Gedanken konnten, einer regen Phantasie folgend, weit auf die Wandschaft gehen, begleitet von seinen Liedern...

„... und deshalb, liebe Kinderfreunde-Kinder, müssen wir Funktionäre bei allen Kinderfreunde-Festen einen Posten an den Hauseingang stellen, damit jeder »Kiberer« rechtzeitig angekündigt werden kann, damit wir nur bei harmlosen Gesprächen angetroffen werden...“ sagte der Kinderfreundeobmann der Gruppe Karl-Marx-Hof zu uns im gefüllten Kinderfreundesaal auf der berühmten vierzehner-Stiege, „... und weil die Arbeiterschaft zu stark wird, deshalb hat man den Maiaufmarsch verboten und die rote Fahne darf nicht mehr gezeigt werden. Wir müssen sie deshalb tief drin in unserem Herzen tragen. Denket immer daran:

Die Fahne ist deshalb rot, weil viel, viel kostbares Arbeiterblut an ihr haftet, Blut, das um die Freiheit und Menschlichkeit vergossen wurde...“ waren die Worte anlässlich einer kleinen Feier.

„... und das, was sich da draußen in unserem Nachbarlande abspielt, kann nur mit der Pest verglichen werden, jawohl, es ist die braune Pest, welche aus Deutschland und seinen Menschen ein Gefängnis gemacht hat. Hüten wir uns, diese Gefahr zu verkennen. Es wäre ein Ende mit Schrecken und ein Schrecken ohne Ende...“ sagte der Genosse Bezirksvorsteher aus Döbling bei einer Blitzversammlung im Karl-Marx-Hof. Ich hörte mit Trauer im Herzen zu. Aber von Genossen Emil Swoboda hörte ich damals nichts. Er schien in der Versenkung verschwunden.

„... und deshalb hat der Polizeipräsident von Wien den Republikanischen Schutzbund verboten. Er stellt eine Gefahr für den Staat dar...“ sagte die Stimme aus dem Radio... Das war Mitte 1933.

„Sag einmal, Vater, wieso wird alles, was die Sozialdemokraten gebaut haben und gemacht haben, auf einmal als schlecht hingestellt? Wir haben doch einmal

in einer kleinen, feuchten Wohnung ge»wohnt« — ich hab' mich auf schmutzigen Höfen herumgetrieben, war so ein kleiner Proletenbub, und dann auf einmal haben wir eine so schöne Wohnung im Karl-Marx-Hof bekommen; wir haben uns gegenüber gesehen, wie die Arbeiter in ihrer Freizeit für uns einen Sportplatz errichtet haben und wie wir um wenige Groschen in die herrlichen, neuen Schwimm- und Strombäder gehen konnten; das soll auf einmal alles schlecht sein?“

Mein Vater antwortete: „Wenn das Unrecht mit den Waffen des Geistes nicht mehr sein Auslangen findet, wenn der arbeitende Mensch sein Recht erkennt, sich zu seiner Partei bekennt, dann beginnt die Klasse des Kapitals, des Großgrundbesitzes, anstatt mit Geisteswaffen nunmehr mit Kriegswaffen zu kämpfen... Vergiß nie, welche Entwicklung du selber mitangesehen hast, vergiß nicht, was für herrliche Bücher ihr in der Schule bekommen habt, und laß dir eines sagen: Um das bessere Leben einmal zu erreichen, das den Arbeitern gebührt, wird noch viel Streit entbrennen. Reihe dich ein, wenn es in späteren Jahren gilt, Rechte zu erhalten, neue zu erkämpfen...“ Was wohl Genosse Swoboda dazu gesagt haben mag? Ich sah ihn lange nicht mehr...

Und es war auch schon für uns noch schulpflichtige Buben von den Kinderfreunden etwas Eigenartiges in unseren Gedanken. Alles war so schön aufgebaut. Wo einst Abfallstätten waren, standen herrliche Häuser und Gärten, Bäder und Kindergärten. Und jetzt sollte alles vorbei sein...? Wenn man nur etwas dagegen machen könnte...!

Und dann war es so weit. Am 12. Februar, genau um 11.45 Uhr, ging das Licht aus, blieben die Straßen-

bahnen stehen, und auf einmal liefen so viel Polizisten und Heimwehrlere mit Gewehren herum. Wir wußten nicht, was los war. Mein Vater sperrte mich zu Hause ein und ging abends erst auf wenige Minuten, dann für lange weg. Ehe er zuletzt das Haus verließ, sagte er auf

meine Frage: „Man zwingt die Arbeiter, ihr erkämpftes Recht zu verteidigen... das Recht muß siegen.“

Verstohlen blickte ich durch die Fenstervorhänge. Draußen war es grimmig kalt. Schüsse peitschten durch die Luft, etwas nie Gehörtes und für mich schauerlich. Dann sah ich unter dem großen Bogen des Karl-Marx-Hofes Zivilisten: Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose... Genossen mit der Waffe in der Hand. Nun konnte ich mir alles zusammenreimen. Die Schüsse hallten durch die Nacht, die Luft war wie Glas, so eisig, sie schnitt in die Wangen, und die Ge-



nossen hatten keine Mäntel an. Vom Roten und vom Blauen Turm des Marx-Hofes hämmerten Maschinengewehre, und das Gefühl des siegenden Rechtes herrschte allüberall...

Die Nacht verging... Schüsse hallten, hie und da eine Handgranate... Morgens standen an allen wich-

Roten Hunde erledigt sind. Endlich ist eine Ruh'...“ Dabei wohnte sie im Gemeindebau, in dem Bau, der den Namen Karl-Marx-Hof trug.

Noch drei Tage und Nächte fielen Schüsse in unserem herrlichen Bau, bis plötzlich eine schreckliche Nachricht den gewaltigen Bau durchheulte: **Ab 9 Uhr wird der Gemeindebau mit Kanonen beschossen.**

Eisiger Schreck durchzuckte alt und jung, Mann und Frau, und dann standen sie plötzlich da: Sechs Ungetüme auf der Hohen Warte, sechs auf dem Rothschildberg, sechs auf dem Damm der Franz-Josefs-Bahn...! Und dann ging's los. Trotzdem Frauen und Kinder in den Wohnungen waren, rollte der Donner der krepierenden Granaten über die Häuser. Schlag auf Schlag, gegen ohnmächtige, wehrlose Frauen und Kinder. Bum, bum, bum, konnte man es hören...

„Die Marx-Hof-Kämpfer verteidigen sich noch...“ sagte man in ganz Wien und Tränen der Trauer und des Kummers liefen über meine Lausbubenbacken. Mörtel spritzte, Mauertrümmer stürzten in die getroffenen Wohnungen, Vorhänge flatterten bei den zersplitterten Fensterrahmen, welche ein kahles Zimmer verschlossen, heraus... rum... bum... rum... bum... Und dann geschah das Fürchterlichste, was sich damals ein Mensch nur vorstellen konnte: Genau unter einem Blauen Turm, gegenüber der Vierzehner-Stiege, wurde ein Granatwerfer aufgestellt und feuerte von unten auf die Rundung des Gewölbes. Der ganze Komplex sollte, nach dem verteufelt brutalen Wunsch der Herren Dollfuß und Starhemberg, Fey und Raab, herunterstürzen. Frau

und Kind begrabend... ohne Milde für die Opfer. Hatte das nicht schon jemand einmal gesagt? Hieß es damals nicht: „Keine Milde für die Hinterbliebenen der Opfer“? Schauerlich, grauenhaft und unmenschlich... „Doch liebe deinen Nächsten wie dich selbst, und tue Gutes denen, die dich hassen...“ sagte Jesus Christus vor 2000 Jahren. Die Henker der Freiheit haben es nicht gehört... sie waren taub.

Der Bau stürzte nicht herunter; die Mauern hielten! — Symbol einer unbesiegbaren Kraft. Weiße Fahnen

# prolet, nur nicht vergessen!

**erst stahl man dir das freie wort  
und nahm dir dann vermessen  
ein recht um das andere fort.  
prolet, nur nicht vergessen!**

**trieben ohn' erbarmen dich —  
nur du kannst es ermessen —  
in not und jammer fürchterlich.  
prolet, nur nicht vergessen!**

**und als im feber — schauerlich —  
das meer ist toll geworden,  
schoß mit kanonen man auf dich.  
prolet, nur nicht vergessen!**

**zu sagen dann den mut man fand —  
du hast es doch gelesen:  
„wir reichen dir die bruderhand!“  
prolet! nur nicht vergessen!**

**prolet! sehr bald kommt deine zeit!  
dann denk, wie es gewesen  
und zeige, daß aus dankbarkeit  
du hast auf nichts vergessen!**

tigen Ecken Militärpersonen, Polizeiautos fuhren durch die Straßen. „Von den Fenstern weg...“ tönte der Ruf aus rauhen Kehlen. Bekommen lief ich hinunter auf die Straße, genau dorthin, zum Blauen Turm, zur Vierzehner-Stiege, zu unserer Vierzehner-Stiege, die unser schönes Heim barg:

Polizei, Heimwehr und... drei gefallene Heimwehrmänner. Unsere Kämpfer mußten weichen. Eine Frau sagte gerade zum Herrn Hauptmann Biedermann: „Front Heil, Herr Hauptmann. Sind wir froh, daß die

flatterten später, die Besetzung war endgültig... die Freiheit zerbrochen, wie das Glas, das zentimeterhoch über den verwüsteten Straßen lag. Leer gähnten hunderte Fensterhöhlen... die toten Augen der toten Freiheit.

Schande über sie, die das gemacht haben! Trauer in allen Herzen; die ganze Welt erstarrte vor Entsetzen.

Und dann begegnete ich ihm wieder, dem Genossen Emil Swoboda. Aber nicht persönlich, sondern nur in der Zeitung:

„...und wird zum Tode durch den Strang verurteilt. Er hat mit seinen Mitkämpfern den Roten Karl-Marx-Hof Tag und Nacht gegen eine tausendfache Übermacht verteidigt... das »Urteil« wurde vollstreckt...“

Da stand er wieder vor meinem kindlichen, geistigen Auge: Er, der immer für uns ein Lächeln gehabt



hatte, er, der selber nichts als seine herrliche Idee, seine Liebe zur Freiheit, aber auch die Liebe zum Leben hatte... er gab dieses Letzte, sein Herzblut, damit die Fahne, die... deshalb rot ist, weil sie vom Blute der Freiheitskämpfer gerötet ist... „noch um eine Nuance dunkler wurde...“

„... Es lebe der Sozialismus, es lebe die Internationale!... Freundschaft!...“ waren seine letzten Worte. Aufrecht ging er zum Galgen. Aufrecht hat er gelebt, aufrecht ist er gestorben.

Ein Jahr später begann ich in der illegalen Gruppe Revolutionärer Sozialisten im Karl-Marx-Hof meine illegale Tätigkeit, uns zur Ehre, ihm zum Gedenken...

**Einst aber, wenn Freiheit den Menschen erstand  
Und all euer Sehnen Erfüllung fand,  
Werden wir künden, wie ihr einst gelebt —  
Zum Höchsten der Menschheit empor nur gestrebt.**

## So hat es begonnen . . .

Am Sonntag, dem 11. Februar 1934, sprach der damalige Vizekanzler Fey bei einer Gefechtsübung der Heimwehr in der Gegend von Strebersdorf im 21. Bezirk von Wien die denkwürdigen Worte:

**„Ich kann euch beruhigen. Die Aussprachen von vorgestern und gestern haben uns die Gewißheit gegeben, daß Kanzler Dr. Dollfuß der Unsrige ist. Ich kann euch auch noch mehr, wenn auch nur mit kurzen Worten sagen: Wir werden morgen an die Arbeit gehen, und wir werden ganze Arbeit leisten!“**

Das Vorgehen der Polizei am nächsten Morgen in Linz, am Sonntag und am Montag in Wien, aber auch später bei den Schutzbündlerprozessen die von Regierungsseite kommenden Zeugenaussagen, bestätigten ganz deutlich, was der Faschistenmajor mit seinen Versprechungen angedeutet hatte: die entscheidende Aktion sollte am Montag, dem 12. Februar, mit neuen großen Waffensuchen und Massenverhaftungen sozialdemokratischer Mandatare beginnen. Die Reaktion hoffte, so einen Vorwand für die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei, die Absetzung des bereits einen Tag vorher eines Teiles seiner verfassungsmäßigen Funktionen beraubten Bürgermeisters von Wien und die anderen beabsichtigten Staatsstreichpläne der verfassungsbrüchigen Regierung Dollfuß-Fey-Starhemberg zu gewinnen.

Genosse Otto Bauer hat damals, nach dem Februarkampf, einem Korrespondenten des „Daily Telegraph“ gegenüber erklärt, daß der sozialdemokratische Parteivorstand diese Maßnahmen der Regierung erst für Donnerstag oder Freitag erwartet hatte. Jedenfalls aber — und das ist heute eine unbestrittene historische Tatsache — war der auf den Bruch der Verfassung zielende verbrecherische Angriff der schwarz-grünen Faschistenregierung in der Nacht vom 11. Februar zum 12. Februar bereits in vollem Gange.

# ZEITTAFFEL

## 1932

- 1. Oktober:** Erste Notverordnung auf Grund des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes
- 17. Oktober:** Heimwehrführer Emil Fey wird Staatssekretär für Sicherheitswesen

## 1933

- 4. März:** Rücktritt der drei Präsidenten des Nationalrates
- 15. März:** Polizei besetzt das Parlament und verhindert eine Sitzung des Nationalrates
- 31. März:** Der Republikanische Schutzbund aufgelöst
- 11. Mai:** Verbot von Wahlen in ganz Österreich
- 8.—12. September:** Katholikentag in Wien. Dollfuß kündigt seinen „autoritären Kurs“ an
- 23. September:** Verordnung über Aufenthaltszwang und Anhaltelager (Konzentrationslager)
- 14.—15. Oktober:** Letzter Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs

## 1934

- 12. Januar:** Die katholische Kirche lehnt ab, zwischen den Sozialdemokraten und der Regierung zu vermitteln
- 3. Februar:** Verhaftung der Leitung des Republikanischen Schutzbundes
- 8. Februar:** Hausdurchsuchung im Wiener Parteihaus
- 11. Februar:** Vizekanzler Fey verspricht, vom nächsten Tag an „ganze Arbeit“ zu leisten
- 12. Februar:** Waffensuche im Linzer Parteihaus. Der Widerstand der Schutzbündler führt zur Erhebung des Schutzbundes auch in Wiener Arbeiterbezirken und an vielen Stellen Österreichs. Die Regierung setzt Militär und Polizei ein. Die Sozialdemokratische Partei samt allen ihren Unterorganisationen wird aufgelöst. Der Parteivorstand und weitere führende Funktionäre der Partei werden verhaftet. Das Standrecht wird verhängt
- 15. Februar:** Der Februarkampf zu Ende. Die Regierung „Herr der Lage“ Die ersten illegalen Organisationen entstehen
- 19. Februar:** Koloman Wallisch hingerichtet

Es war ungefähr 12 Uhr. Die Mädchen der Jugendgruppe gingen gerade essen. Auf einmal kam Herta zurück.

„Du, da ist etwas los, ein Motorrad nach dem anderen kommt und fährt weg“, sagte sie.

Peter sprang auf. Er ging in das Erdgeschoß. Da machte ein Mann gerade die Tür des Sekretariats auf.

„Was ist denn los?“ fragte Peter.

„Das Lichtsignal“, antwortete der Mann.

„Das Lichtsignal?“

Herta und Peter sahen einander an. Sie wußten nicht, was sie denken sollten. Aber schon wieder ging die Tür auf.

„Was ist denn wirklich los?“ fragten sie den Herauskommenden.

„Das Lichtsignal“, sagte dieser.

Aber er mußte die verdutzten Gesichter der beiden gemerkt haben, denn er fügte hinzu: „Generalstreik!“

Da gab es für Peter kein Halten mehr. Er stürmte die Stiegen aufwärts, riß die Tür auf, schrie den Mädchen zu: „Generalstreik“, nahm seinen Mantel und eilte davon.

Die Straße war belebt, wie abends oder morgens, wenn die Arbeiter in oder vom Betrieb gehen. Knapp hinter der Bahnüberführung am Geiselberg stand ein Straßenbahnzug. Beim ersten Eingang stand der Fahrer mit Fahrgästen. Peter stellte sich dazu, er wollte hören, was die Menschen reden.

„Was ist denn los?“ fragte gerade ein Neugieriger.

„Generalstreik, angeblich“, sagte der Straßenbahner. „So ein Blödsinn, wer streikt denn jetzt, wo Hunderttausende arbeitslos sind?“

Wie eine kalte Dusche trafen diese Worte Peter. Er, der Arbeitslose, war voller Begeisterung. Er ersehnte den Kampf. Er spürte, endlich werde den ewigen Provokationen der Heimwehler ein Halt gesetzt. Nur so konnte das Land wieder Ruhe und Frieden und Arbeit bekommen. Und der Straßenbahner? Feigling, dachte Peter und lief weiter. Aus der Wachstube traten Polizisten. Das Gewehr über die Schulter, Stahlhelm auf, Patronentasche an dem Überschwingung. Er kam in sein Gruppenlokal.

„Ist was los?“ fragte er.

„Momentan nichts“, sagte Karl, „bleib da, vielleicht braucht man uns.“

\*

Es wurde Abend. Niemand brauchte sie. Aber sie blieben beisammen. Die Nacht brach herein. Das elektrische Licht war ausgeschaltet. Die Straßen lagen stockfinster da. Die Fenster, sonst helle Flächen im Rechteck der Häuserfronten, waren mit den Mauern zu einem noch dunkleren Schatten geworden. Leicht fiel der Regen, da... was war das? Dumpf dröhnten Schläge. Das war kein Donner.

„Das sind Feldhaubitzen“, sagte ein älterer Mann, „ich kenne sie vom Krieg.“ Ein beklemmendes Gefühl kroch in Peter hoch... Kanonen... Kanonendonner in Wien? Wo wird da geschossen? Auf wen wird geschossen?





BRUAR 1934



Die Nacht war unendlich lang. Das Donnern hielt an. Das Dröhnen von Kanonen.

Dienstag, den 13. Februar 1934, in der Früh. Man sah Arbeiter in die Fabriken laufen, es waren Streikbrecher — Gefangene ihrer Angst, der Angst ums Brot.

Die ersten Nachrichten sickerten durch. In Linz hatte es angefangen; nachdem der Heimwehrmajor Fey schon im Laufe der vergangenen Woche angekündigt hatte, daß man „reinen Tisch“ machen werde, hatte man am Sonntag versucht, das Linzer Parteihaus der Sozialdemokratischen Partei zu besetzen und nach Waffen zu suchen. Die Linzer Arbeiterschaft ließ sich das nicht gefallen. Rings in Österreich marschierten die Heimwehren in Waffen. Der Arbeiterschaft wollte man die paar Gewehre zur Notwehr nehmen. Das Parlament hatte man 1933 aufgelöst. Die Aufmärsche der Arbeiterschaft am 1. Mai und am 12. November verboten. An diesen Tagen standen in Wien Maschinengewehre in den Straßen mit den Läufen gegen die Arbeiterschaft gerichtet. Spanische Reiter sperrten die Übergänge. Schritt für Schritt wurde die Freiheit gefesselt. Die Zeitungen standen unter schärfster Zensur. Versammlungen wurden verboten. Provokation nach Provokation wurde gesetzt. Jeden Sonntag marschierte die Heimwehr in einer Stadt auf, um die Arbeiterschaft herauszufordern.

Die Linzer hatten genug. Sie ließen sich ihre Waffen nicht nehmen, es kam zum Kampf. Die Arbeiterschaft Österreichs, von der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften aufgerufen, trat in den Generalstreik. Der Schutzbund griff zu den Waffen, nachdem die Regierung Partei und Gewerkschaften aufgelöst hatte.

Aber es zeigte sich bald, daß die Arbeiterschaft nicht einig war. Not und Arbeitslosigkeit hatten ihre Reihen zermürbt. Die noch in Arbeit standen, sagten: „Die Arbeitslosen sollen kämpfen, die haben nichts zu verlieren.“ Zwar streikten Hunderttausende, aber der Streik war nicht lückenlos. Die Eisenbahnen fuhren, einzelne Betriebe arbeiteten.

In den Gemeindehäusern hatten sich in Wien die Schutzbündler zusammengefunden, um auf Weisungen zu warten. Die Weisungen kamen nicht. Heimwehr, Polizei und Militär zernierten die Bezirke und griffen einen nach dem anderen an. Zuerst wurden die Schutzbündler in den westlichen Bezirken bekämpft. Kanonen wurden eingesetzt und Wohnhäuser fielen unter ihren Granaten. Die Schutzbündler kämpften heldenhaft um Österreichs Freiheit. Sie kämpften einzeln, in Gruppen. Während sie in Ottakring um ihr Leben rangen, standen alle anderen „Gewehr bei Fuß“ auf Befehl wartend. Als die Ottakringer besiegt waren, kamen die Floridsdorfer dran und dann Simmering, und so ein Bezirk nach dem anderen. Und wie es in Wien war, war es überall in Österreich.

Freitag war der Kampf aus. Die Toten lagen auf den Bahnen. Die gefangenen Kämpfer geschlagen und gemartert auf den Pritschen der Gefängnisse. Und mit ihnen lag Öster-

reichs Demokratie und Freiheit gemordet, geschändet zu den Füßen des herrschenden Heimwehrrfaschismus.

Man kann aus den Tagen des Februar 1934 die Lehren ziehen:

Die Arbeiterschaft kämpfte mit zwei Waffen: mit dem Gewehr und mit dem Generalstreik. Es waren nicht beide Waffen für den Kampf geeignet. Schon ein Gedicht Herweghs zeigt, wo die Stärke der Arbeiterschaft liegt. Es heißt bei ihm: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ Jedes Rad, das sich dreht, ob



*Polizei und Heimwehr führen die Schutzbündler aus den Wohnhäusern in die Gefängnisse der Dollfuß-Starhemberg-Diktatur*

es von einer Transmission eines Fabrikstranges oder auf der Achse einer Lokomotive läuft, jedes wird von der sehnigen Arbeiterfaust beherrscht. Nahrung und Licht, Verkehr und Betrieb, alles ist zu Ende, wenn der Arbeiter nicht mehr will. Er ist der größte Mann der Wirtschaft, ihr Herr und Gebieter. Sie ist seine beste Waffe. Mit ihr kann er sein Recht durchsetzen. Denn das Verweigern der Arbeit macht die technisch hochkomplizierte Maschine des modernen Staates zum hilflosen Wrack.

Das Gewehr ist auch eine Waffe. Ist der Arbeiter nicht gezwungen, dem Gewehr das Gewehr, dem MG das MG entgegenzusetzen? Früher einmal, zur Zeit der Französischen Revolution oder im Jahre 1848, da war der Soldat noch mit einem Gewehr und eventuell auch mit einer Hiebwaaffe ausgestattet. Wenn damals die rebellierende und revolutionierende Volksmasse sich gegen den Staat erhob, um für Recht und Gerechtigkeit und für die Freiheit zu kämpfen, so war eine gleichwertige Bewaffnung bald beschafft. Doch die Waffentechnik hat eine früher nicht einmal geahnte Entwicklung genommen. Das Gewehr ist zum Spielzeug geworden. Flugzeuge können heute über Menschenmassen mit ihren MG.s Tod und Verderben bringen. Man braucht nicht einmal von Bomben zu reden. Zwei Männer in einem Panzerwagen, ausgerüstet mit Tränengas und MG, können gegen hundert kämpfen. Die den Kampf mit der Waffe führende Arbeiterklasse kann wohl heimlich ein Lager von Gewehren und Munition, sie kann aber nie ein Lager anlegen, das den Waffen des Staates auch nur annähernd Ebenbürtiges entgegensetzen könnte. Der Kampf mit

dem Gewehr gegen den Tankwagen ist im vorhinein verloren. Um so mehr, als es mit der immer kleineren Zahl von Bewaffneten, die der Staat braucht, ihm leicht wird, gefügte Knechte zu finden.

In der Arbeiterschaft den Glauben zu stärken, daß eine bestimmte Schicht ihrer Klasse mit der Waffe den Kampf austragen kann, heißt, sie zur Untätigkeit erziehen, in den Glauben zu verstricken, daß andere den Kampf führen werden.

An geschichtlichen Beispielen gesehen, kann man vom Februar 1934 sagen: Die Arbeiterschaft war mit ihrem Herzen, mit ihrem Hoffen bei den tapferen Schutzbündlern. Aber sie sah den Kampf als Sache des Schutzbundes an, sah zu und klatschte Beifall.

Nicht mit diesen ihr fremden Mitteln kann daher die Arbeiterschaft um ihre Freiheit, um Demokratie und Recht kämpfen, sondern nur mit jenen, die sie selber und nur sie beherrscht, mit den Mitteln der Wirtschaft, mit ihrer Stellung in der Wirtschaft.

Aber wie der Kampf mit der Waffe Mut und Selbstaufopferung einst verlangt hatte, so verlangt der wirtschaftliche Kampf die gleichen Eigenschaften. Jeder der Streikenden muß wissen, er kann sich auf den anderen verlassen. Der andere wird ihm nicht in den Rücken fallen. Der Arbeiterschaft muß ihre Stärke gezeigt, ihre Kampfmöglichkeiten gelehrt und ihre seelischen Eigenschaften dafür wachgerufen werden.

Der Glaube an den heldenhaften Schutzbund war die Schwäche der Arbeiterschaft. Die falsche, unhistorische Einschätzung der Waffen war der Grund ihrer Niederlage.



*Der „Graf“ Revertera nach der Eroberung von Urfahr, das er mit seinen Heimwehrrbataillonen besetzt hat*



Nach der „Einnahme“ des Hotels Schiff in Linz

Aber der Februar lehrte uns noch etwas anderes. Man kann nicht als Einzelmensch sich dem Schicksal der Gemeinschaft entziehen. So mancher glaubte in den Februartagen, klüger zu sein und nicht seine Haut auf den Markt zu tragen. Was soll denn er seine Arbeit riskieren, was soll er kämpfen? Es gibt doch so viele Arbeitslose, die so nichts mehr verlieren können. Er hörte den Kanonendonner, sagte freundlich: „Jawohl, Herr Chef“. Und als dann der Kampf beendet war, als die tapferen Schutzbündler gemartert und geschlagen die Gefängnisse füllten, als man von den hunderten Toten sprach, da atmete er erleichtert auf. Wie war er doch klug gewesen.

Aber nur gemacht, es stirbt nicht nur der, der aufs Atmen vergißt.

Fünf Jahre vergingen, dann dröhnten die Pauken, dann knarrte das Leder, dann zitterte die Luft vom „Sieg Heil!“ der gleichen klugen Zeitgenossen.

Wir wurden ein Teil des großen Deutschlands und bald des noch größeren Friedhofes. Und dann kam der eine mit dem 1000jährigen Reich, das er erkämpfen wollte. Dazu brauchte er Soldaten. Er fragte nicht viel, er sagte: „Du mußt — sonst!“

Und keiner war so klug und dachte, daß es gefährlich sei, es gingen alle, weil sie mußten, und sie starben aus dem gleichen Grund. Ihre Wohnungen wurden Trümmerhaufen. Sie kamen um alles, trotz ihrer Klugheit.

Ja, einmal, da war es möglich gewesen, allein zu leben. Doch das ist hunderttausend Jahre vorbei. Heute muß man mitarbeiten, den Staat zu gestalten und damit sein Leben zu gestalten. Heute kann kein Staat die Freiheit verlieren, ohne daß jeder Bürger sie verlöre.

Das ist die zweite Lehre. Wir können nur als Freie leben, oder als Schlachtvieh für Tyrannen sterben.

Und die dritte Lehre. Mancher glaubt noch nach dem Februar 1934 vielleicht: „So arg, wie in Deutschland, ist es ja doch nicht.“ Es ist gleichgültig, wenn man in den Strom geworfen wird, ob man nur die Hände und die Füße gefesselt, oder ob man auch den Mund geknebelt hat. Im Strom braucht man Hände und Füße und den Mund. So auch im Strom der Zeit. Es gibt keine kleine und keine größere Freiheit. Es gibt nur eine, und die verlangt, daß jeder sagen kann, was gut oder schlecht ist, daß jeder tätig sein kann, daß das Schlechte gut und das Gute nicht schlecht werde. Wer ein Stück der Freiheit verliert, verliert sie ganz. Der Februar 1934 machte den März 1938 möglich. Im Kampf der Februartage wurde der Weltkrieg bekämpft, wurde alle Tyrannei bekämpft und für die Freiheit gerungen.

An der Bahre der Februarkämpfer weinte Österreichs Arbeiterschaft und wenige wußten



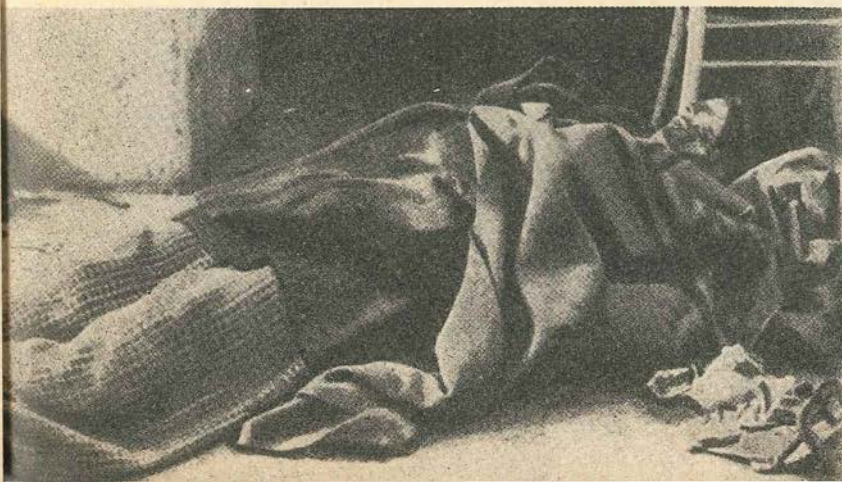
Heimatschutzkundgebung in St. Florian am 30. September 1934. „Landesführer“ Wenninger nimmt eine Parade der Jung-Vaterland-Abteilungen ab.

damals, daß sie schon um Europas Zukunft weinten.

Als die Augen unserer Toten brachen, brach mit ihnen das Auge der Millionen Toten der KZ.s und der Schlachtfelder.

Als die Granaten in Floridsdorf und Ottakring, in Heiligenstadt und Simmering auf die Gemeindebauten fielen, fielen schon die Bomben, die England und Frankreich, Rußland und Deutschland verwüsteten.

Ein toter Kämpfer des Schutzbundes — Beim Sturm auf die Ottakringer Arbeiterwohnblocks gefallener Soldat





# Wir sind dabei- gewesen

Schutzbündler berichten:

Als im Jahre 1933 bekannt wurde, daß die Regierung Dollfuß-Starhemberg-Fey die Absicht habe, den Republikanischen Schutzbund aufzulösen, beschlossen wir, dies selbst zu tun und das vorhandene Material sicherzustellen. Als dann im Herbst 1933 die Polizei mit der Auflösung begann, fand sie in unserer Bezirksleitung nichts mehr vor, was sie auflösen oder beschlagnahmen konnte. Der Republikanische Schutzbund aber bestand weiter und organisierte sich enger. Wir kamen zu vertraulichen Appellen zusammen, um uns gegen einen Angriff von seiten der faschistischen Regierung, ihrer Heimatverbände und der Heimwehr vorzubereiten. Die ersten illegalen Zusammenkünfte wurden organisiert. Genossen aus Deutschland, die aus ihrer Heimat, wo bereits das Naziregime wütete, flüchten mußten, berichteten uns von ihrem Freiheitskampf. Es war für uns ein Anschauungsunterricht, wie sich der Faschismus auf unsere Freiheitsrechte stürzte und uns zu rechtlosen Sklaven machte. Der Republikanische Schutzbund schulte sich nun illegal, um alle Angriffe, von welcher Seite immer sie kommen sollten, abwehren zu können. Wir waren zu jeder Zeit, ob bei Tag oder Nacht, bereit, in den uns aufgezwungenen Kampf einzutreten, wir waren in allen Einzelheiten vorbereitet. Als in den ersten Wochen des Jahres 1934 die leitenden Genossen des Republikanischen Schutzbundes verhaftet wurden, wurde es für die Untergruppen immer schwieriger, die Verbindungen untereinander aufrechtzuerhalten. Unsere Genossen waren aber so geschult, daß sich jeder aus freien Stücken bei seiner Gruppe einfand, um Nachrichten zu erhalten. So waren wir wochenlang in ständiger Bereitschaft.

Da auch unser Bezirksführer, Genosse Charwat, vor dem 12. Februar 1934 in Haft gesetzt wurde, gab es bei der Befehlsausgabe verschiedene Schwierigkeiten, die jedoch bald überwunden wurden.

Als am Montag, dem 12. Februar 1934, der uns aufgezwungene Kampf geführt werden mußte, war jeder auf seinem Platz. Die vorhandenen Waffen wurden aus

den Verstecken geholt und, so gut es ging, instand gesetzt. Aber die Polizei bekam bald Kunde über unser Tun.

In Stadlau unternahm die Polizei den ersten Angriff, bei welchem der Kommandant, Polizeimajor Franzl, fiel und fünf Leute verletzt wurden. Daraufhin zog sich die Polizei im ganzen 21. und 22. Bezirk zurück; unsere Genossen hatten den ersten Angriff abgewehrt und konnten mit der Ausgabe der Waffen beginnen.

Nun langten die ersten Befehle der provisorischen Kreisleitung Floridsdorf ein, nach welchen der Republikanische Schutzbund zur Verstärkung nach Floridsdorf zu marschieren hatte. In der Sektion blieben starke Wachen zurück; die Kagraner Brücke wurde von Genossen aus Kagran besetzt, um die Verbindung mit Kaisermühlen und der Leopoldstadt zu halten. Die Brücke lag von der Schießstätte Kagran aus unter Beschuß der Polizei, und drei Genossen, Schaffer, Naggi und Stumper, fielen im Kampf; es gab auch einige Verletzte. Unsere Alarmgruppe stand im Kampf um den Bahnhof Floridsdorf, wobei wir unseren Genossen Karl Pichler durch Kopfschuß verloren. Eine weitere Gruppe unterstützte die Genossen im FAC-Bau, welcher unter schwerem Artilleriebeschuß lag. Die Artillerie der Wehrmacht hatte am Donaudamm Stellung bezogen. Auf Grund der Waffenstärke der Faschisten war es uns nicht möglich, unseren Angriff vorzutragen. Da der Einsatz des Gegners mit Artillerie und schweren MG.s eine starke Übermacht darstellte und die Zivilbevölkerung in Gefahr stand, ihre Wohnungen durch den Beschuß zu verlieren, waren wir gezwungen, uns in die Rote Burg am Kinzerplatz zurückzuziehen. Dr. Maximilian Schwarz stellte sich dem Republikanischen Schutzbund als Arzt zur Verfügung. Sein Einsatz war hervorragend, da er während des Kampfes im offenen Gelände Erste Hilfe leistete.

Unter dem Druck der schweren Waffen der Faschisten wurden wir zum Rückzug in unsere Sektion gezwungen. Munition ging aus, die Vorräte waren auf-

Gefangene Schutzbündler aus dem Goethe-Hof — Getötete Arbeiter ließ man auf der Straße liegen



gebraucht. Wir wollten es nicht wahrhaben, daß unsere so starke Sozialdemokratische Arbeiterpartei mit ihrer Kampforganisation, dem Republikanischen Schutzbund, einen Kampf verloren hatte.

Die Genossen verabschiedeten sich voneinander und jeder ging ins Ungewisse mit dem Gedanken: Wo, wie und wann werden wir den Kampf gegen jene Machthaber, die Gegner jeder Freiheit waren, fortsetzen?

Nun tobten sich die Austrofaschisten an unseren Genossen des Republikanischen Schutzbundes aus. Wir wurden in überfüllte Kerker geworfen, Naderer gingen um, so daß auch gänzlich Unbeteiligte die Gewehrkolben der Heimwehrrhorden zu spüren bekamen. Wochen, Monate und Jahre vergingen; die Zuchthäuser waren voll von Sozialisten, aber trotz Qual, Marter, Verhöhnung blieben wir stark und zuversichtlich. Wir schworen, auch wenn sich die Kerkertore hinter uns schließen, wollen wir mehr denn je für unsere Idee, den Sozialismus, weiterkämpfen. Auch hinter Kerkermauern konnten die Austrofaschisten unsere Kampfkraft nicht brechen. Bei jeder Gelegenheit wurde laut und vernehmlich kundgetan, daß wir Sozialisten waren und geblieben sind. Als der Parteivorstand, an der Spitze unser Genosse Seitz, von der Polizei in das Landesgericht I eingeliefert wurde, wurden die Genossen mit dem Kampflied der Internationale begrüßt, da uns auf Grund unseres Nachrichtendienstes alle Vorgänge zur Kenntnis kamen. Nur Nachrichten über unsere Familien kamen spärlich. Wochenlang wurde uns die Sprechminute verwehrt, Beschwerden und Vorsprachen halfen nichts. Doch auch dadurch konnte man uns nicht kleinkriegen oder Geständnisse abpressen.

Viel hatten die Familien der eingekerkerten Schutzbündler zu ertragen. Sie wurden verspottet, verhöhnt, verachtet, gemißregelt. Viele Frauen unseres Bezirkes wurden in Haft genommen, nur weil sie Genossen, die im Kampf gestanden waren, Essen verabreicht hatten.

Aber der illegale Kampf wurde bereits von verlässlichen Genossen geführt, ehe noch der Donner der austrofaschistischen Kanonen verstummt war. Die ersten illegalen Druckwerke wurden herausgebracht und fanden reißenden Absatz unter den noch aufrecht gebliebenen Sozialisten. Die illegalen Nachrichten drangen bis hinter die Tore der Gefängnisse und erreichten auch den letzten aufrechten Kämpfer in seiner Zelle. Wir gelobten, ebenfalls sofort in einer illegalen Gruppe mitzuarbeiten, sobald wir wieder in Freiheit sein würden, und für ein freies, sozialistisches Österreich weiterzukämpfen.

\*

Die Kämpfe waren bereits im Gange und wir waren zusammen 80 Mann. Nach einigen Beratungen waren die Waffen da und wir gaben sie aus. Dann bezogen wir unsere Posten. Am Morgen räumte die Polizei das Feld und wir waren Herren der Lage. Am Morgen des 13. Februar jedoch setzte die Artillerie ein und wir mußten fort. Ohne Artillerie und Panzer wären die Fünfschillingmanderln nicht durchgekommen.

Um Ruhe bei den Frauen und Kindern zu bewahren, war ich auf der Stiege geblieben (Rote Burg). Ich sah den Panzerwagen anfahren und die Infanterie entlang der Häuser anschleichen. Ich sah die Heimwehr, als sie unseren Bau stürmte, und hörte auch die Hauswartin, als sie der Heimwehr zurief: „Der auf Nr. 12 war es!“ Die Heimwehrmänner stürzten sich auf mich, würgten mich blau und stießen mich über die Stufen herunter. Einem Offizier vom Bundesheer fiel ich in die Hände und man führte mich zum Friedhaus. Dort mußte ich Liegestütz machen; der Obmann der Kinderfreunde, Genosse Albert Graber, lag bereits auf der Erde. Es kamen vier Mann Polizei mit gefälltem, entschertem Karabiner und führten mich durch die Angererstraße ab. Unser Arbeiterheim stand in Flammen, ich hatte Tränen in den Augen. Ich sah meine Leute mit gesenktem Haupt. Die Heimwehr hatte Spalier gestanden in der Michael-Dittmann-Gasse und ich mußte durch. Mit Stahlhelmen hat man auf uns eingeschlagen und uns mit Fußtritten traktiert. Ich war im Niederbrechen, und nur mit letzter Kraft konnte ich mich aufraffen, um diese Tortur zu überstehen.



Freitag, den 12. Februar 1954, findet um 16 Uhr im Saal der Arbeiterkammer in Linz an der Donau die

## Bundeshauptversammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

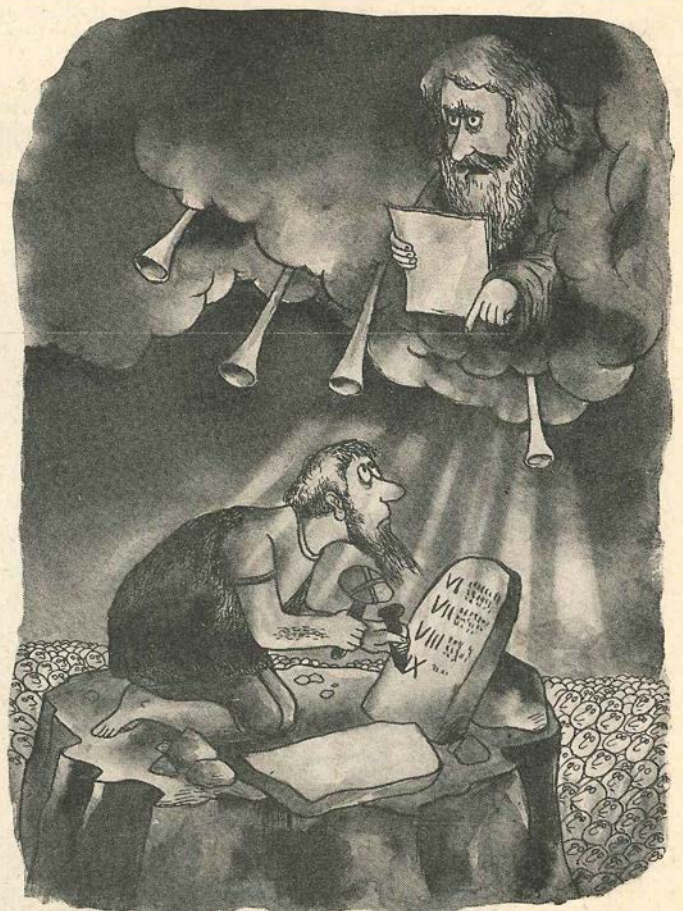
1. Begrüßung. 2. Berichte. 3. Neuwahl. 4. Allfälliges.

Vor der Hauptversammlung werden anlässlich der 20. Wiederkehr des 12. Februar 1934 in Linz Gedenkfeiern abgehalten, an denen die Delegierten teilnehmen. Die Eintrittskarten für die Feier im Hotel Schiff werden den Wiener Delegierten während der Fahrt von Wien nach Linz, den Genossen aus den Bundesländern in Linz selbst übergeben.

Um 9.30 Uhr versammeln sich alle Delegierten und Bundesvorstandsmitglieder im Speisesaal des Hotels Schiff, Landstraße 36. Alle gemeldeten Delegierten aus den Bundesländern müssen dort anwesend sein, da die Eintrittskarten ausgeteilt werden.

Alle Genossen aus Wien, die an der Hauptversammlung und an der Feier teilnehmen, fahren gemeinsam am 12. Februar vom Westbahnhof mit dem Zug um 6.25 Uhr in zwei Sonderwaggons nach Linz. Es dürfen nur diese beiden Waggons benützt werden. Die Fahrkarten werden während der Fahrt ausgegeben.

## Demokratie und Verfassung



Die beste Verfassung besaß gewiß das auserwählte Volk Israels: Die Gesetze wurden direkt von Gott diktiert und von seinem Stellvertreter Moses mit dem Stemmstein auf Steintafeln stenographiert. Wer gegen die Gesetze murrte, wurde von giftigen Schlangen gebissen, vom Feuer verzehrt oder mit dem Schwert niedergehauen. Ein junger Mann, der am Sabbat Holz sammelte, wurde auf Befehl Gottes gesteinigt. Das war das Arbeitszeitgesetz. Das Kriegs-, Unterrichts-, Außen- und Sozialministerium wurde von Gott persönlich geleitet, das Innenministerium und die Bundeslade mit den Steuern und Krankenkassenbeiträgen verwaltete der Prophet. Regierungskrisen wurden von Gott durch Schwefel und feuriges Pech beigelegt.

# Was ist aus ihnen geworden?

In der Linzer Straße befindet sich der „Blat-Hof“. Er ist nach einem unserer tapferen Schutzbündler benannt, die im Kampf um Freiheit und Frieden sterben mußten.

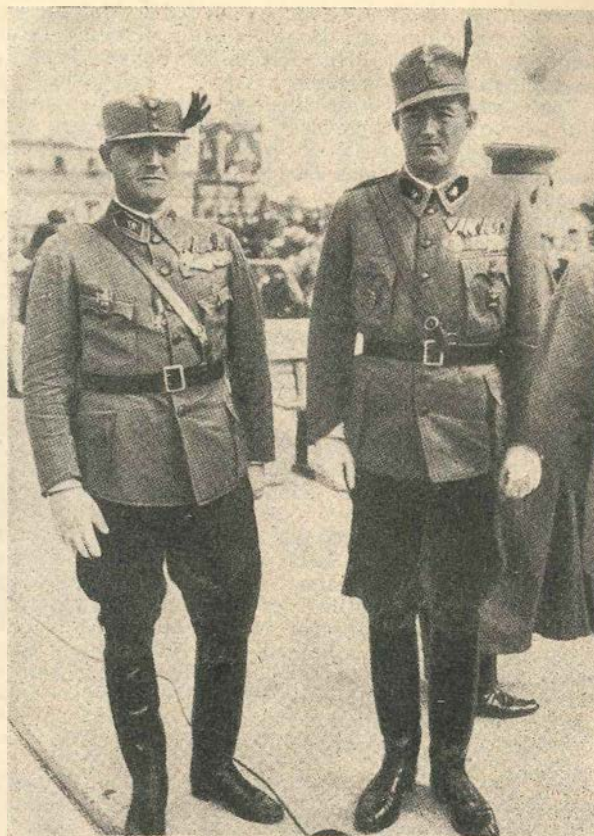
Am 12. Februar 1934 traf ich die 5. Kompanie des Republikanischen Schutzbundes auf dem Alarmplatz. Sie mußte einzeln und unauffällig durch die polizeilichen Postenketten in den Gemeindebau Penzinger Straße 150 durchsickern, denn der Bau war schon unter Beobachtung der Polizei. Es kam auch im Nu zu einem Zusammenstoß mit der gut ausgerüsteten Exekutive, der bald entschieden war, denn Karabiner gegen Trommelrevolver waren zu ungleiche Waffen. Einer unserer Besten, Ferdinand Blat, blieb tot auf dem Kampfplatz zurück. Fritz Glück wurde durch einen Lendenschuß verwundet und von seinen beiden Brüdern Karl und Franz aus der Feuerlinie getragen. Zettl wurde am Tatort verhaftet und bis zur Unkenntlichkeit mißhandelt.

Die Schutzbündler wurden auf den Alarmplatz zurückbeordert, denn es kam die Weisung, daß die Genossen am Abend durch Kreisführer Korbelt bewaffnet werden sollten.

Korbelt versagte. Eine lange, ungewisse Nacht ging vorüber und niemand konnte helfend eingreifen. Am 13. Februar sahen wir uns vor die gleiche Situation gestellt. Versprechungen von Waffenlieferungen, Weisungen, von denen eine die andere aufhob, nervöse Hast und Alarmmeldungen.

Heute kann man mit ruhigem Gewissen sagen, daß der Kreis West verraten wurde. Dennoch hat er sich mit den wenigen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln lange gehalten.

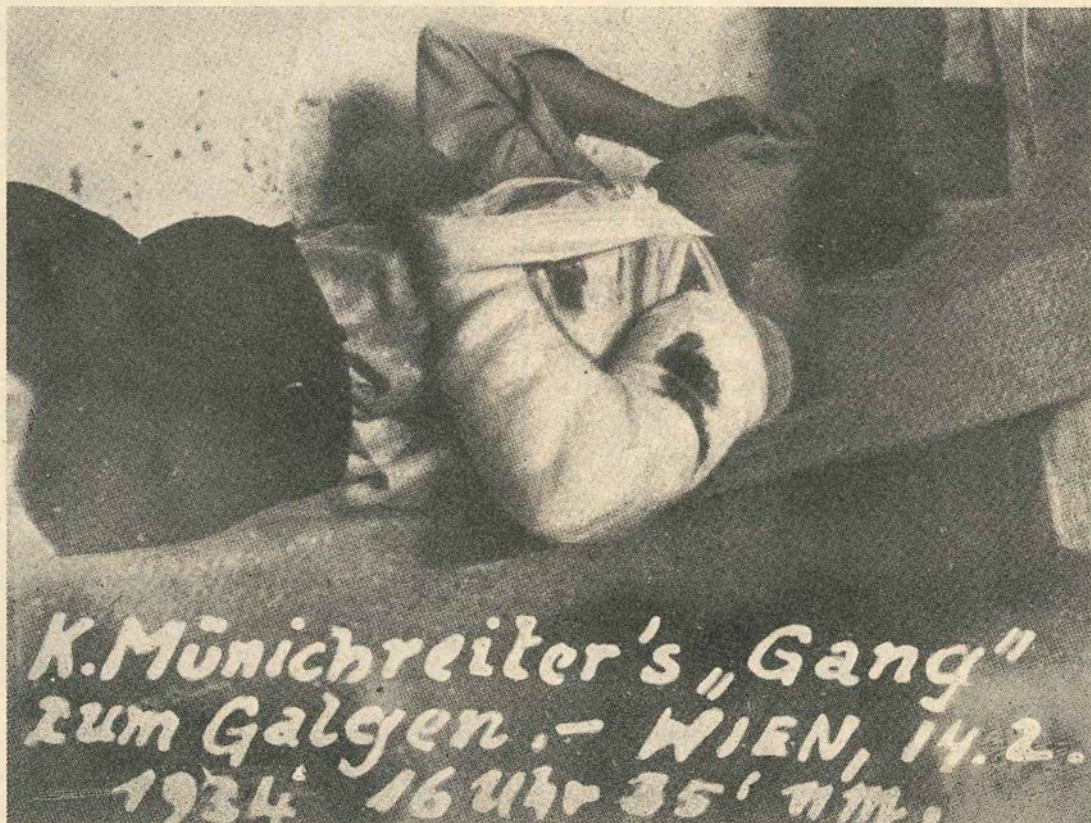
Am 14. Februar begannen die Verhaftungen. Eine Schlacht war verloren. Ing. Fritz Quastler, Josef Rinder, Franz Schönberger, Karl und Fritz Glück standen am 20. Februar vor dem Standgericht. 72 Jahre Zuchthaus wurden verhängt. Zwei Tage später — in Eisen



Fey und Starhemberg, die „Helden“ des blutigen Bürgerkrieges im Februar 1934

geschlossen — wurden sie in den „Kurort“ Stein an der Donau überstellt.

Franz Hajek, Alois Altrichter und die Brüder Zettl wurden nach monatelanger Haft zu kurzen Freiheits-



K. Münichreiter's „Gang“  
zum Galgen. — WIEN, 14.2.  
1934 16 Uhr 35' 11 m.

strafen verurteilt. Was aus ihnen geworden ist? Sie sind die gleichen geblieben, die sie schon damals waren: Arbeiter und sozialistische Vertrauensmänner.

Ing. Fritz Quastler hat kurz vor seiner Verurteilung die Prüfungen zum Oberbaurat mit gutem Erfolg bestanden. Er war als Baurat beim Bauamt der Gemeinde Wien beschäftigt und kam in Österreich nicht mehr dazu, die Früchte seiner harten Arbeit zu genießen. Er wurde 1938, mit dem Einzug des braunen Faschismus, wieder eingekerkert und war monatelang inhaftiert. Er mußte noch schweres Leid über sich ergehen lassen, bevor es ihm gegönnt war, Österreich verlassen zu können. Er ist heute noch als Ingenieur in Brasilien tätig. Rinder, der Bataillonskommandeur, lebte nach seiner Begnadigung nur mehr wenige Jahre. Ein inneres Leiden raffte ihn dahin. Blat traf eine Kugel ins Rückgrat. Er war auf der Stelle tot. Er war nicht nur ein guter Schutzbündler, auch als Betriebsrat bei der Firma Grundstein stellte er Jahre hindurch seinen Mann und erwarb sich das Vertrauen seiner Kollegen. Kompaniekommandant Franz Hajek ist seit 1945 im 14. Bezirk Sektionsleiter der 6. Sektion. Alois Altrichter ist Sprengelleiter derselben Sektion und Betriebsrat. Karl Glück ist Sektionsleiterstellvertreter in Penzing. Fritz Glück ist Betriebsrat, Obmann des Sozialistischen Freiheitskämpferbundes in Penzing und Bezirksrat. Franz Glück konnte 1934 der Polizei entfliehen. 1943 mußte er in Rußland sein Leben für Hitler lassen. Von den Brüdern Zettl ist einer gestorben, der andere ist Vertrauensmann der Bezirksorganisation Penzing. Nicht unerwähnt soll Dr. Fritz Kupfermann bleiben, der in uneigneter Weise die Behandlung des verwundeten Fritz Glück übernahm und ihn mit „Grippe“ krank meldete. Er büßte dafür auf lange Zeit seine Freiheit ein und verlor dadurch auch sein Diplom. Er flüchtete später aus Österreich. Die letzten Nachrichten von ihm kamen aus Spanien, wo er auf Seite der Republikaner kämpfte und auch als Arzt tätig war.

Genossin Marie Bujak hatte eine Schneiderwerkstätte in der Penzinger Straße 150. In ihrer Werkstätte waren Munition und Gewehre versteckt. Bei dem Versuch, die Waffen von dort abzuholen, kam es zu dem geschilderten Zwischenfall mit der Polizei. Wenn Zettl als aktiv teilnehmender Schutzbündler — am Tatort verhaftet — geschlagen und mißhandelt wurde, so kann man dieser Handlungsweise noch einigermaßen Verständnis entgegenbringen, da sich ja die Polizisten durch ihre eigenen Verluste in Erregung befanden. Wie aber diese gleichen Schergen sich einer Frau gegenüber benahmen, war grausamster Sadismus. Man zerschlug ihr das Gesicht, daß die Augen geschwollen und blutunterlaufen waren, ihre Kleider waren mit einer verkrusteten Blutschicht überzogen. Nicht genug der körperlichen Qualen, die sie über sich ergehen lassen mußte, steckte man sie nachher in eine Gemeinschaftszelle, in der sie mit der Elite der weiblichen Verbrecherwelt beisammen war, und so noch einige Monate seelisch gefoltert wurde.

Dies ist nur ein kleines Steinchen aus dem großen Mosaik jener Tage. Wenn heute wieder alle wahren Kämpfer von damals mit der gleichen Begeisterung in unserer Partei mitarbeiten, und im Kampfe des Alltags stehen, dann nicht, weil sie Vereinsmeier sind, sondern weil sie weiterkämpfen werden, um den Sozialismus zu verwirklichen, den wahren Frieden zu erringen und die Freiheit und die Demokratie zu sichern.

## Wir zitieren . . .

Die „Reichspost“, das einstige Organ der Christlich-sozialen, brachte am 11. Februar 1934 an erster Stelle einen Artikel mit der Überschrift „Vor nahen Entscheidungen“, in dem Erklärungen des Regierungschefs Dollfuß enthalten waren. Es hieß darin:

Bundeskanzler Dr. Dollfuß empfing heute\*) den Chefredakteur der „Reichspost“ zu einem Gespräch, in dem sich der Herr Kanzler zur gegenwärtigen Lage äußerte:

„Seitdem ich die Regierungsgeschäfte übernommen habe, habe ich in Erkenntnis der Gebote einer anbrechenden neuen Zeit die Überzeugung vertreten, daß der auf einer Parteienherrschaft aufgerichtete alte Parlamentarismus sich verbraucht hat und das neue Österreich ein auf ständischer Grundlage aufgebauter, von christlichem und deutschem Geiste getragener und autoritär geführter Staat werden muß. Die Vorarbeiten zum Umbau unseres Staates in diesem Sinne sind bereits sehr weit gediehen. Wir werden voraussichtlich sehr bald schon darangehen können, unsere Pläne in die Tat umzusetzen. In der letzten Zeit hat sich... vor allem der Heimatschutz, zu meinem Programm bekannt... Dort, wo es notwendig ist, werde ich auch entsprechende Übergangsmaßnahmen durchführen... Wenn da gelegentlich dieser oder jener Politiker\*\*) in einer Weise redet, die anders lautet, so hat dies mit meinen Auffassungen nichts zu tun.“

\*) Die Meldung ist vom 10. Februar datiert.

\*\*) Mit dieser höhnischen Phrase wollte Dollfuß seinen Parteifreund Kunschak verächtlich treffen, der sich im Wiener Gemeinderat als Vorsitzender der Christlichsozialen Fraktion für die Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Zustände ausgesprochen hatte.

## Demokratie und Verfassung



|| Besser als jede Demokratie ist natürlich auch die mehr oder weniger absolute Monarchie. Jahrtausendlang waren die meisten Staaten Monarchien, und die größten Persönlichkeiten der Geschichte, wie Iwan der Schreckliche, Ferdinand der Katholische, Johanna die Wahnsinnige, Maria die Blutige und Otto von Habsburg, waren von Beruf Monarchen oder wenigstens Anwärter auf diesen Posten. Die Monarchen verkündeten je nach Laune und Geschmack jeden Tag nach dem Frühstück ein paar Gesetze, Todesurteile oder Kriegserklärungen und erledigten so alles, was in einer Demokratie erst monatelang im Parlament beraten werden muß, in ein paar Minuten.

# Der Artikel 35 des Staatsvertrages

Die erste und wichtigste Aufgabe der österreichischen Außenpolitik ist die Wiederherstellung der vollen Freiheit unseres Landes. Der Abschluß des Staatsvertrages muß daher die dominierende und alles überschattende Frage unserer Außenpolitik sein. Die langwierigen Verhandlungen zwischen den vier Besatzungsmächten haben bisher zur Einigung über verschiedene Punkte des österreichischen Staatsvertrages geführt, mußten aber abgebrochen werden, als seitens der Sowjetunion eine Reihe von Fragen aufgeworfen wurde, die mit dem Staatsvertrag direkt gar nicht zusammenhängen.

Dann haben die Westmächte der Sowjetunion den Abschluß eines sogenannten Kurzvertrages vorgeschlagen, der inhaltlich lediglich eine Art Räumungsprotokoll darstellt. Da von kommunistischer Seite vielfach der Eindruck erweckt wurde, daß es sich bei diesem Kurzvertrag um einen „teuflischen Plan zur Versklavung Österreichs“ handle, seien einige der wesentlichen Punkte dieses Kurzvertrages wiedergegeben:

Die Unabhängigkeit Österreichs wird wiederhergestellt, der Anschluß an Deutschland wird untersagt, Reparationen sind österreichischerseits nicht zu leisten, das von den Alliierten beanspruchte „Deutsche Eigentum“ wird entschädigungslos Österreich zur Verfügung gestellt. 90 Tage nach Inkrafttreten des Vertrages sollen sämtliche alliierten Streitkräfte österreichisches Territorium verlassen.



Koloman Wallisch zwei Stunden vor seinem Tod  
Aus dem Historischen Museum der Stadt Wien

Jeder muß zugeben, daß der „Kurzvertrag“ ein guter und für Österreich sehr vorteilhafter Vertrag gewesen wäre. Da es aber nun einmal der Unterschriften aller vier Großmächte bedurft hätte, um ihn zu verwirklichen und diese Unterschriften nicht zu erlangen waren, schien es unserer Regierung und dem Hauptausschuß des Parlaments wenig realistisch, dieses Projekt weiterhin zu unterstützen. In der Zwischenzeit haben auch die Westmächte den Kurzvertragsvorschlag in aller Form zurückgezogen. Damit sollte das Hindernis für die Wiederaufnahme der Staatsvertragsverhandlungen beseitigt sein.

Der Hauptausschuß des Parlaments hat im vergangenen Sommer die Regierung aufgefordert, bei den Großmächten die Forderung nach Beteiligung Österreichs an kommenden Staatsvertragsverhandlungen zu erheben. Dieser Wunsch ist von der Regierung den vier Mächten zur Kenntnis gebracht worden und bei den jetzt in Berlin stattfindenden Besprechungen ist auch eine österreichische Delegation anwesend.

Wenn jetzt auch der österreichische Staatsvertrag wieder besprochen werden soll und Österreich an diesen Verhandlungen als gleichberechtigter Partner zugelassen wird, dann wären von unserer Seite eine Reihe von Wünschen gegen einzelne Punkte des bisherigen Staatsvertragsentwurfes vorzubringen. Am schwerwiegendsten sind unsere Bedenken bezüglich des Artikels 35, der die Abgeltung des sogenannten „Deutschen Eigentums“ in der Ostzone mit 150 Millionen Dollar an die Sowjetunion vorsieht, zahlbar in sechs gleichen Jahresraten nach Vertragsabschluß. Wie ungerechtfertigt hoch diese Entschädigungssumme ist, geht schon daraus hervor, daß Österreich bisher aus dem Titel der Besatzung Opfer in der Höhe von mehr als 25 Milliarden Schilling zu bringen hatte. Die österreichischen Vertreter würden also bei den neuen Verhandlungen die Aufgabe haben, auf eine sehr starke Reduktion dieser obenerwähnten Summe von 150 Millionen Dollar hinzuwirken. Aber sie werden darüber hinaus auch aufzuzeigen haben, daß der österreichische Export, der zwar in der letzten Zeit erfreuliche Fortschritte gemacht hat, nicht in der Lage ist, dem Land die Dollareinkünfte zu bringen, die für die Zahlung einer Entschädigung erforderlich sind: die Dollars, die wir verdienen, benötigen wir dringendst zur Anschaffung von Rohwaren auf den Dollargebieten. Ja wir haben, so wie die meisten europäischen Länder, unter einer ständigen Dollarknappheit zu leiden. Wir könnten uns also die Dollars nur ausborgen, und das könnte unter Umständen zu neuen Verpflichtungen führen. Es wird daher von österreichischer Seite die Forderung erhoben werden müssen, daß eine eventuelle Entschädigung — die jedenfalls wesentlich niedriger sein müßte als die bisher zur Diskussion stehende — durch Warenlieferungen abzugelten wäre. Noch vor



einigen Jahren konnte man bezüglich der Lieferfähigkeit unseres Landes ernsthafte Zweifel hegen. Heute ist diese Sorge unbegründet. Wir werden gewiß in der Lage sein, auch der Sowjetunion Güter der österreichischen Produktion in zufriedenstellender Qualität und zu Preisen zu liefern, die sich nicht von den Weltmarktpreisen unterscheiden.

Besonders bedenklich aber ist jener Teil des Artikels 35, der vorsieht, daß der Sowjetunion Konzessionen auf 60 Prozent der Erdölförderung in der Ostzone während 30 Jahren und 60 Prozent der Schurfrechte während acht Jahren eingeräumt werden müssen und daß ferner die Sowjetunion berechtigt ist, das von ihr gefundene Öl vom Tage des Fündigwerdens 25 Jahre zu exploitiern. Hier handelt es sich um eine Bestimmung, die, sollte sie Wirklichkeit werden, Österreich, dieses alte Land im Herzen Europas, in einen Zustand halbkolonialer Abhängigkeit versetzen würde. Wahrscheinlich dürfte der Sultan von Kuwait Bedingungen dieser Art kaum akzeptieren.

Indes besteht Grund zur Annahme, daß, wenn nur einmal die Sowjetunion und die anderen drei Großmächte zum Abschluß des Staatsvertrages bereit sind, es auch möglich sein wird, über die vorerwähnten Fragen mit einiger Aussicht auf Erfolg zu verhandeln. Ein Land, dessen herrschende Partei immer zu den lautesten Rufem gegen den Ölimperialismus gehört hat, muß schließlich Verständnis dafür aufbringen, daß das österreichische Volk es ablehnt, seinen kostbarsten Rohstoff fremden Großmächten zur Exploitation zu überlassen. Die von den Deutschen errichteten Anlagen in unserem Ölgebiet sind von den Russen nun acht Jahre benutzt worden, Millionen Tonnen Öl sind uns so verlorengegangen. Sind damit die deutschen Investitionen nicht mehr als genug abgegolten? Das Öl aber kommt aus österreichischer Erde, und es kann niemals als deutsches Eigentum beansprucht werden.

## Ein neuer Erfolg

In den letzten Jahren und Monaten hat sich herausgestellt, daß eine Reihe von Fragen von der Opferfürsorgekommission anders behandelt wurde als von den mit der Opferfürsorge beschäftigten Abteilungen des Bundesministeriums für Finanzen. Immer wieder wurde der Wunsch laut, daß durch eine direkte Vorsprache der Opferfürsorgekommission bei den beteiligten Ministerien, unserem Genossen Karl Maisel als Sozialminister und dem Bundesminister für Finanzen, Herrn Dr. Reinhard Kamitz, diese Fragen geklärt werden sollten.

Am Mittwoch, dem 20. Jänner 1954, hat diese Aussprache stattgefunden und zu einem vollen Erfolg geführt. Außer den beiden Ministern und den zuständigen Referenten beider Ministerien waren die Mitglieder der Opferfürsorgekommission anwesend, unter denen sich unsere Genossen Flußmann und Krell befanden. Genosse Mark wohnte als parlamentarischer Berichterstatter der Sitzung bei.

In erster Linie wurde die Frage der Nachsichts-

gesuche behandelt, von denen eine Reihe auf Grund der oben erwähnten Meinungsverschiedenheiten seit Jahren liegengeblieben sind. Es gelang, hier Lösungen zu finden, die wir vom Standpunkt der Opfer aus begrüßen können, weil sie die weitaus meisten dieser Fälle einer positiven Erledigung zuführen werden. Auch in der Frage der rückwirkenden Zuerkennung der Renten vom Tage der Einreichung des Gesuches um Amtsbescheinigung und Rente an, wurde ein Einvernehmen hergestellt.

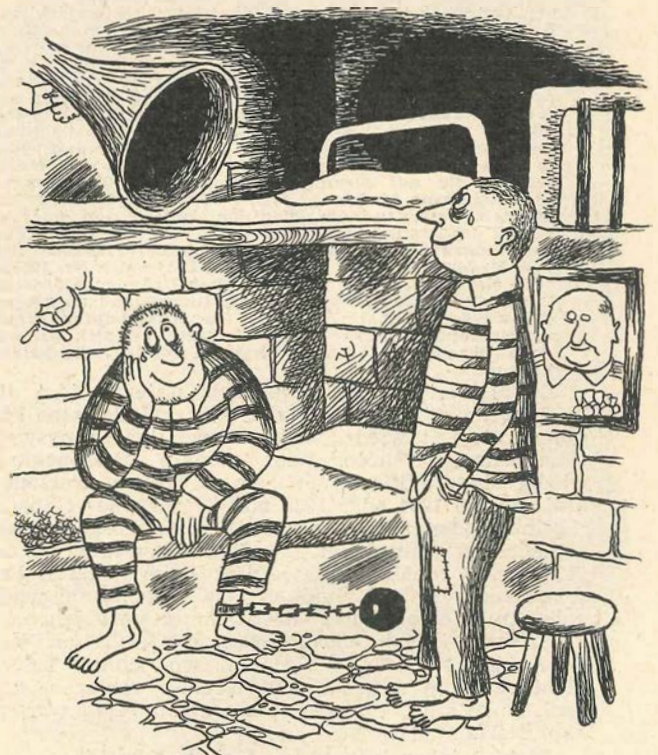
Ebenso wurde in der Frage der Übergüsse, die auf Grund der nach der Steuerermäßigung erhöhten Nettoeinkommen entstehen könnten, eine Regelung erzielt.

Weiter soll dort, wo ein Anspruch auf Amtsbescheinigung besteht, ein Ansuchen um Haftentschädigung als Antrag für die Amtsbescheinigung betrachtet werden, wenn auf Grund der Sachlage angenommen werden kann, daß die Unterlassung der Einbringung dieses Antrages einem Rechtsirrtum entsprungen ist.

Der Bundesminister für Finanzen versprach ein möglichst weitgehendes Entgegenkommen bei der Auszahlung jener Haftentschädigungsraten, die durch eine späte Erledigung des Ansuchens allzusehr verzögert wurden.

Alle anwesenden Interessenvertreter der Opfer schlossen sich dem von unserem Sprecher vorgebrachten Dank an die beiden Minister an, die bei der Behandlung unserer Wünsche außerordentliches Verständnis und Entgegenkommen bewiesen haben.

## Demokratie und Verfassung



Die hervorragendste Verfassung der Gegenwart besitzen die sogenannten Volksdemokratien. Jeder einzelne ist dort völlig frei und darf jede Partei wählen, die ihm gefällt; ins Parlament kommt allerdings nur die Kommunistische. Die Gesetze werden auf demokratische Weise von Moskau aus telephonisch durchgegeben und dürfen vom ganzen Volk ohne Ansehen des Standes oder der Person befolgt werden. Jeder kann reden, hören, schreiben und denken, was er will. Wer murr, wird lediglich erschossen oder in den Kerker geworfen, wo er sich die Demokratie dann im Radio anhören kann.

# Fragen, die uns bewegen

(Fortsetzung und Schluß\*)

Wir schließen die in der letzten Nummer unserer Zeitung begonnene Antwortenserie heute mit einer Antwort ab, die manche noch bestehenden Unklarheiten beseitigen helfen wird.

**Genosse W. (Linz) schreibt uns:**

Wie aus unserem Organ „Der sozialistische Kämpfer“ hervorgeht, soll eine Novelle zum Opferfürsorgegesetz geschaffen werden, welche die letzten Mängel dieses Gesetzes beseitigen soll.

Bei dieser Gelegenheit weise ich auf die ungeheuerliche Tatsache hin, daß weder nach dem Opferfürsorgegesetz noch nach dem Beamtenüberleitungsgesetz ein konkreter Anspruch auf Wiedereinstellung eines aus politischen Gründen entlassenen Bediensteten im öffentlichen Dienst besteht. An der Spitze des Opferfürsorgegesetzes müßte es klar und bedingungslos heißen:

a) Der aus politischen Gründen entlassene Bedienstete ist vom Zeitpunkt, da er sich gemeldet hat, wieder aufzunehmen.

b) In dienstrechtlicher, pensionsrechtlicher und gehaltlicher Beziehung sowie in der Vorrückung darf dem Geschädigten gegenüber den während der NS-Zeit im Dienst Verbliebenen kein Nachteil erwachsen. Das Gesetz soll ab 1. Mai 1945 Gültigkeit haben, weil die Geschädigten von diesem Zeitpunkt an ein Recht auf Wiedereinstellung haben.

**Unsere Antwort:**

Es ist nicht richtig, daß aus politischen Gründen entlassene öffentlich Bedienstete keinen konkreten Anspruch auf Wiedereinstellung haben, denn das Gesetz vom 22. August 1945 zur Wiederherstellung österreichischen Beamtenums (Beamten-Überleitungsgesetz, kurz BÜG) sagt über die Rehabilitierung im § 4 (1)\*\*):

„Öffentlich-rechtliche Bedienstete österreichischer Staatsbürgerschaft, die in der Zeit vom 4. März 1933 bis 13. März 1938 aus politischen Gründen — außer wegen nationalsozialistischer Betätigung — oder seither bis 27. April 1945 aus politischen Gründen oder aus Gründen der Abstammung aus dem Dienstverhältnis entlassen oder sonstwie aus dem Dienststand ausgeschieden worden sind, können auf Ansuchen von ihrer obersten Personaldienststelle im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt wieder in den Dienststand aufgenommen werden, Bedienstete jedoch, die auf Grund der Verordnung der Bundesregierung vom 26. Jänner 1934, BGBI. Nr. 52, über Maßnahmen, betreffend die öffentlich Angestellten, oder auf Grund der Bestimmungen der §§ 3, 4 und 6 der Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtenums vom 31. Mai 1938, GBl. für das Land Österreich Nr. 160/1938, oder auf Grund eines aus politischen Gründen erlassenen Dienststrafenkenntnisses aus dem Dienststand ausgeschieden wurden, sind wieder in den Dienststand aufzunehmen; ausgenommen hiervon sind Bedienstete, die sich vor oder nach ihrem Ausscheiden nationalsozialistisch betätigt haben.“

Das Beamtenüberleitungsgesetz unterscheidet also im § 1 (1) zwei Personenkreise und sagt, der eine Personenkreis ist wieder aufzunehmen beziehungsweise einzustellen, während der andere Personenkreis wieder eingestellt werden kann. Der eine Personenkreis wurde 1934 oder 1938 auf Grund einer Generalregelung oder mittels eines Dienststrafenkenntnisses gemäßregelt; hier kann jede Prüfung wegfallen, und daher muß rehabilitiert werden. Beim anderen Personenkreis wurde individuell gemäßregelt und wurde daher nur eine „kann“-Bestimmung vorgesehen. In der Praxis jedoch wurde jeder, der sich nach dem 27. April 1945 rehabilitieren lassen wollte, sofern nicht absolute Ausschließungsgründe vorlagen, ganz egal, ob es ein „muß“- oder ein „kann“-Fall war, rehabilitiert.

Nicht bejahen können wir Deinen Vorschlag:

„Der aus politischen Gründen entlassene Bedienstete ist vom Zeitpunkt, da er sich gemeldet hat, wieder aufzunehmen.“

\*) Vgl. „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 12, Dezember 1953, S. 8.

\*\*) Vgl. „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 5/6, September-Oktober 1949, S. 12.

Das würde bedeuten, daß auch jene, die 1945 kein Interesse an der Rehabilitierung hatten, weil sie damals eine viel besser bezahlte Stellung hatten, nun vielleicht nach acht Jahren einfach kommen können und sagen, bitte jetzt melde ich mich und bin wieder aufzunehmen. Es wäre dies ein Unrecht gegenüber jenen, die in der Hungerzeit nach dem Kriegsende um 150 RM und unter schwierigsten Bedingungen den Verwaltungsapparat wiederaufgebaut haben.

In dienstrechtlicher, pensionsrechtlicher und gehaltlicher Beziehung wurden den Rehabilitierten selbstverständlich die Jahre der Maßregelung angerechnet. Allerdings war es nicht möglich, etwa möglich gewesene außerordentliche Vorrückungen oder Beförderungen anzurechnen, ein Umstand, der mit Rücksicht darauf, daß natürlich jene, die nach 1934 und auch nach 1938 die Stelle der Gemäßregelten einnahmen, sehr oft solche Beförderungen und Vorrückungen erhalten haben, wohl bedauerlich, aber praktisch eine Wiedergutmachung solcher Verluste einfach nicht durchführbar ist. Hingegen verlangte das Opferfürsorgegesetz im § 6 (3)\*\*):

„Bei Besetzung freier Dienstposten im öffentlichen Dienst bei Erfüllung der erforderlichen Voraussetzungen der Vorrang vor allen anderen Bewerben“ (zu geben den Inhabern von Amtsbescheinigungen und Opferausweisen).

Weiter im § 6 (6) die Anrechnung der Haftzeiten im doppelten Ausmaß für alle Rechte, also sowohl Zeitvorrückung als auch Ruhegenuß.

Ferner im § 6 (7) die Bestimmung, daß die Altersgrenze sich für jedes volle Jahr, das der Gemäßregelte dem Dienste fern war, um ein Jahr, bis zur Höchstgrenze, dem 70. Lebensjahr, zu erhöhen hat, welche Bestimmung zur Begünstigung jener Gemäßregelten, die bereits 1945 knapp vor Erreichung der Altersgrenze standen, sich auswirken sollte und daher nur bis 31. Dezember 1947 befristet war.

Die im Beamtenüberleitungsgesetz § 4 (6) bereits angedeutete spätere Regelung der entgangenen Dienstbezüge ist ja nunmehr mit dem Beamtenentschädigungsgesetz vorgenommen worden.

Es wäre aber sehr ungerecht und einseitig, wenn man sich nur mit dem Problem der Wiedereinstellung gemäßregelter öffentlicher Bediensteter befafßt hätte. Dies ist auch nicht der Fall, und so sorgte das Bundesgesetz vom 4. Juli 1947 über die Wiedereinstellung geschädigter Dienstnehmer (Wiedereinstellungsgesetz) für Dienstnehmer in der Privatwirtschaft. Auch dieses Gesetz haben wir im Oktober 1949, in der Nr. 5/6 unserer Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ im vollen

\*\*\*) Vgl. „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 5/6, September-Oktober 1949, S. 5.

## ARBEITERBANK

AKTIENGESELLSCHAFT WIEN

Prompte und gediegene Durchführung aller bankmäßigen Geschäfte :: Entgegennahme von Spareinlagen gegen Verzinsung :: Finanzielle Beratung

Wien I, Seitzergasse 2-4

Telephon: R 50540 Serie

Zweigstelle Wienzeile: Wien IV, Rechte Wienzeile 37  
Telephon B 26 091

Filialen:

Graz: Annenstraße 24, Telephon 3363, 7559

Linz: Weingartshofstraße 3, Telephon 27 8 78

Klagenfurt: Bahnhofstraße 44, Telephon 4822

# DER LESER hat das Wort

**KZler oder Frontsoldaten**

Werte Redaktion!

Natürlich verfolge ich in jeder Nummer die Beiträge aus nah und fern, und meist bin ich auch damit einverstanden. Manche Antwort für diesen oder jenen Briefschreiber lag mir auch schon in der Feder — aber aus Zeitmangel mußte sie jedesmal unterbleiben. Die Zuschrift aber „Ich lehne Wertparallelen ab!“ fordert mich so heraus, daß ich nun tatsächlich erwidere.

Der Briefschreiber hätte erst gar nicht anführen brauchen, und noch dazu gleich in der ersten Zeile, daß er 18 Jahre Soldat war. Man merkt bei jedem Satz ganz deutlich, wes Geistes er ist, und daß es ihm gar nichts ausmachen würde, wenn er in dieser Eigenschaft in Pension gehen könnte.

Auch ich lehne einen Vergleich zwischen den zur Diskussion stehenden Personengruppen ab, weil hier ein Vergleich nicht möglich ist. Mir kommt es fast so vor, um ganz kraß zu sprechen, als ob ich über den Wert oder Unwert von Unterwelt und Polizei diskutieren wollte. Ich lehne es auch ab, von KZlern oder Frontsoldaten zu sprechen und lasse in diesem Zusammenhang nur den Begriff Kämpfer für und gegen den Faschismus gelten. Und jeder Soldat, der mit Wort oder Tat sich gegen das System auflehnte, war ein Kämpfer gegen Hitler. Während jeder — ich weiß es nicht, ob es solche gab, aber der Herr aus Kärnten will es wissen —, der „aus lauter Angst vor der Front das KZ als das kleinere, sichere Übel vorzog“, eben kein Kämpfer gegen den Faschismus war. Aus dieser Formulierung ist aber ganz deutlich zu ersehen, daß der Herr mit den 18 Soldatenjahren am Buckel nicht zu den Kämpfern gegen Unfreiheit und Barbarei gehört haben kann, denn dann müßte er wissen, daß diese Leute in den meisten Fällen ganz auf sich allein gestellt in ihrem Kampf für das Recht nur ihrer aufrechten, innersten Überzeugung gehorchten und buchstäblich nichts zu gewinnen hatten. Sie standen sowohl in der Heimat als auch an der Front, und zu diesem Kampf gegen das Unrecht gehörte tatsächlich Mut. Wenn der Herr H. P. sagt: „kämpfte er (der Frontsoldat), so war Mut Voraussetzung“, so stimmt das nicht. Dieses

\*) Vgl. „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 12, Dezember 1953, S. 12.

Wortlaut abgedruckt. Leider mußten wir immer wieder die Wahrnehmung machen, daß unsere Genossen sich viel zu wenig um ihre Rechte gekümmert haben. Inzwischen ist mit 30. September 1952 die Frist, nach diesem Gesetze Ansprüche zu erheben, abgelaufen. Auch hier kann gesagt werden, daß man seine Wiedereinstellung verlangen mußte, sobald man hiezu in der Lage war.

Abschließend dürfen wir sagen, lieber Genosse W., daß immer wieder Briefe an uns gelangen, die von uns verlangen, für die Schaffung gesetzlicher Bestimmungen einzutreten, obwohl diese Dinge bereits seit Jahren, dank der Initiative sozialistischer Abgeordneter, gesetzlich geregelt sind. Freilich haben viele zu dem Zeitpunkte, an dem sie sich an uns wenden, nicht mehr die Möglichkeit, ihre Ansprüche zu stellen, weil die gesetzlichen Fristen schon abgelaufen sind. Wir bitten daher alle, unsere Zeitung mit noch mehr Aufmerksamkeit als bisher zu lesen und auch die früheren Nummern ab und zu wieder zur Hand zu nehmen. Die Genossen werden dadurch vor Benachteiligung bewahrt und unsere Arbeit kommt einem größeren Personenkreis zugute.

Kämpfen war meistens nur automatischer Kadavergehorsam, entsprang dem Bewußtsein der Ausweglosigkeit und klammerte sich an den schwachen Funken des „Durchkommens“. Und schließlich winkten ja gegebenenfalls auch die verschiedenen Dekorationen.

Dem Kämpfer gegen Faschismus, Hitler und Krieg aber winkte einzig und allein, früher oder später, nur die Gaskammer, das Fallbeil oder der Galgen. Denn glaubt mir, Genossen, keiner, der einmal in den Händen der Häscher war, hätte jemals wieder die Freiheit gesehen, wäre Hitler siegreich geblieben. Daß ein solcher Ausgang des Krieges dem Herrn aus Kärnten lieber gewesen wäre, ist unverkennbar, versteht er doch in ganz sonderbarer Weise den Kampf — seinen Kampf für Hitler — in einen Kampf für die Heimat umzudeuten.

Von unserer Seite ist nie der Versuch unternommen worden, den Soldaten im allgemeinen eine Schuld anzulasten. Es ist eben nicht jeder imstande und gewillt, sich gegen ein Verbrechen aufzulehnen, selbst wenn er es als solches erkannt hat. Und ein Angriffskrieg war und wird immer ein Verbrechen bleiben.

Die Kriegsteilnehmer sind in ihrer erdrückenden Mehrheit aber auch froh, wenn sie von all diesem traurigen Geschehen nichts mehr sehen und hören brauchen, und lehnen es ab, von gewissen Leuten (meistens waren diese die ärgsten Schinder) im nachhinein zu Helden gestempelt zu werden.

Ja, um Fälschungen, Ausreden und gekünstelte Rechtfertigungen war man auf dieser Seite nie verlegen. Ich weiß, daß die überwiegende Mehrheit der

## Demokratie und Verfassung



**IV** Der Führerstaat wird leider zu Unrecht immer angegriffen. Einige der besten Diktatoren scheiterten am Unverstand der Massen, und Adolf der Unvergleichliche und Benito Mussolini starben einsam und verkannt. Nur Francesco Franco lebt und hat der Diktatur endlich zu Ansehen verholfen: Während er 1936 bis 1939 noch fast allein die Demokratie und die Sozialisten ausrotten mußte und dafür nichts als Undank erntete, setzt sich heute selbst Bundesminister Kolb wärmstens für ihn ein. Und erst vor kurzem hat das beste und freieste Land der freien Welt, Amerika, den Generalissimus Franco ans Herz gedrückt und mit ihm ein Militärbündnis abgeschlossen.

Soldaten gezwungen wurde, diesen Rock zu tragen. Aber alle, freiwillig oder gezwungen, darüber kommen wir nicht hinweg, kämpften für die Sache Hitlers, solange sie dessen Befehle ausführten.

Wenn der Soldat mit den 18 Dienstjahren schreibt: „Wer will deshalb den Wert des Soldaten herabsetzen, weil er kämpfte oder kämpfen mußte“, dann spricht dieser Satz ja Bände. Ganz klar wird das Bild dieses Mannes aber, wenn man einen anderen Satz aus seinen Ergüssen diesen hinzufügt, nämlich: „Der KZler aber hatte hinter Stacheldraht keine Möglichkeit, der Befreiung zu dienen.“ Ja natürlich, hinter Stacheldraht hatte er keine oder nur noch verschwindend kleine Möglichkeiten. Aber KZler wurde er ja erst, als man ihn dort hineinsteckte. Vorher stand sein eigener, uneigennütziger, unbefohlener Kampf gegen Unterdrückung, Unfreiheit und Barbarei. Und diese Tatsache stellt den Kämpfer gegen Hitler, wenn schon einmal verglichen sein muß, turmhoch über den, der auf seiten der Aggressoren eben nur Befehlen gehorchte.

Mit dem Verlangen, den „Wert des Frontsoldaten“ anzuerkennen, verbindet der Schreiber ganz offensichtlich den Wunsch, die Leistungen der Kämpfer gegen Hitler zu übergehen. Denn wenn man auf seine Weisheit allein angewiesen wäre, stünde die Sache so, daß die KZs einzig und allein durch die aus den Fingern gesogenen Denunziationen „vertrottelter Blockwarte“ gefüllt wurden.

Mein lieber Herr M. P.! Sie muten sich selbst zu, ein Urteil abgeben zu können. Ich aber sage Ihnen: Vom heroischen Kampfe jener Männer und Frauen, die, der mahnenden Stimme ihres Gewissens gehorchend, gegen Wahnsinn und Verbrechen auftraten, verstehen Sie, gelinde gesagt, nichts. Geschweige denn, daß Sie zu dieser Personengruppe gezählt werden können.

Ihr alle aber, Brüder und Schwestern, laßt das Verdienst, das unserer Fahne zukommt, nicht schmälern. Wir müssen die Avantgarde gegen jede Art von Unfreiheit sein und bleiben.

A. A. (Wien X)



**Zentral-  
sparkasse**  
DER GEMEINDE WIEN  
WIEN I. WIPPLINGERSTR.8  
33 ZWEIGSTELLEN

*Unter Haftung  
der  
Stadt Wien*



## Ansprüche aus dem OFG

### Eine grundlegende Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes

Personen, die in der Zeit vom 6. März 1933 bis zum 9. Mai 1945 im Kampfe um ein freies demokratisches Österreich eine Verwundung erlitten, eine Krankheit erworben, sich in Haft befunden oder eine Mißhandlung erlitten haben, bei denen jedoch etwaige Folgen der Schädigung erst nach dem 9. Mai 1945 eingetreten sind, haben auf die Begünstigung des Opferfürsorgegesetzes Anspruch\*).

Frau N. hatte mit Bescheid des Wiener Magistrates vom 24. Jänner 1947 eine Amtsbescheinigung als Hinterbliebene eines Opfers des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich zuerkannt erhalten. Auf Grund einer amtswegigen Überprüfung ihrer Anspruchsberechtigung wurde dieser Bescheid von der gleichen Behörde wieder aufgehoben, die Zuerkennung der Amtsbescheinigung widerrufen. Die Berufung der Frau N. wurde vom Bundesministerium für soziale Verwaltung mit der Begründung abgewiesen, daß gemäß § 1 Abs. 1 und 2 des OFG als Opfer im Sinne dieses Gesetzes Personen anzusehen sind, die in der Zeit vom 6. März 1933 bis 9. Mai 1945 eine Schädigung erlitten haben. Der Gatte der Berufungswerberin sei indessen erst am 28. August 1946, also nach dem 9. Mai 1945, verstorben, weshalb es an den gesetzlichen Voraussetzungen für die geltend gemachte Anspruchsberechtigung fehle.

Gegen den Bescheid des Bundesministeriums für soziale Verwaltung ist Beschwerde erhoben worden, welcher der Verwaltungsgerichtshof nun stattgegeben hat.

#### Begründung:

Die belangte Behörde stützt die Abweisung der gegen die Aberkennung der Anspruchsberechtigung der Beschwerdeführerin erhobenen Berufung ausschließlich auf das Fehlen der gesetzlichen Voraussetzung nach § 1 Abs. 1 lit. c des Opferfürsorgegesetzes 1947. Für ihre Ansicht spricht der Wortlaut des Gesetzes, wonach nur diejenigen Personen als Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich im Sinne des Gesetzes anzuerkennen sind, die um ein unabhängiges, demokratisches und seiner geschichtlichen Aufgaben bewußtes Österreich, insbesondere gegen Ideen und Ziele des Nationalsozialismus, mit der Waffe in der Hand gekämpft oder sich rückhaltslos in Wort und Tat eingesetzt haben und hiefür in der Zeit vom 6. März 1933 bis zum 9. Mai 1945... an den Folgen einer im Kampf erlittenen Verletzung oder erworbenen Krankheit verstorben sind.

Allein die Entstehungsgeschichte der Novellierung dieser Vorschrift durch das Bundesgesetz vom 4. Juli 1947, BGBl. Nr. 183, zeigt, daß die Interpolierung der Worte „in der Zeit vom 6. März 1933 bis zum 9. Mai 1945“ im Vordersatz vom Gesetzgeber ohne Rücksicht auf den grammatikalischen Zusammenhang dieses Satzteilens mit dem folgenden vorgenommen wurde, so daß der Wortlaut des Gesetzes in Widerspruch zu seinem Sinn gerät. Dies kommt am deutlichsten in lit. d zum Ausdruck, worin die Verwendung der Gegenwartsform „Personen, die... leiden“ mit der im Vordersatz enthaltenen zeitlichen Beschränkung schon nach den Sprachgesetzen nicht in Einklang zu bringen ist. Dieser Widerspruch rechtfertigt es nach Ansicht des Gerichtshofes, eine vom Wortlaut abweichende Auslegung nach dem Sinn der Bestimmungen vorzunehmen, die sich, dem engen Zusammenhang beider Vorschriften entsprechend, auch auf lit. c und damit auf die für die Entscheidung des vorliegenden Rechtsfalles maßgebliche Bestimmung auswirken muß.

Dieses Forsuchen nach dem Sinn des Gesetzes mußte von der Bedeutung der durch die zitierte Neufassung des Gesetzes in seinen Wortlaut ausgenommenen zeit-

\*) Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 18. Mai 1953, Zl. 145/52.

lichen Beschränkung seinen Ausgang nehmen. Der mit dieser Neufassung verfolgte Zweck liegt nach Ansicht des Gerichtshofes klar zutage. Es sollen die für aktive Kämpfer vorgesehenen Begünstigungen des Opferfürsorgegesetzes nur jenen Personen zuteil werden, die im Einsatz für die Idee eines freien, demokratischen Österreich in jener Zeit zu Schaden gekommen sind, in der die Tätigkeit des Parlaments ausgeschaltet war beziehungsweise Österreich seine staatliche Selbständigkeit überhaupt eingebüßt hatte und unter der Herrschaft des Nationalsozialismus stand. Daß in dieser Zeit nur das schädigende Ereignis stattgefunden haben muß, nicht auch seine Folgen, die gesundheitlichen Störungen, in Erscheinung getreten sein müssen, ergibt sich aus der Erläuterung des Absatzes 23 des Abschnittes I des Opferfürsorgeerlasses 1948. Dort wird zur Klarstellung darauf verwiesen, daß eine Gesundheitsstörung auch nach dem 9. Mai 1945 erst in Erscheinung getreten sein kann, wenn eine der unter § 1 Abs. 1 lit. c angeführten Schädigungsursachen schon vor dem 9. Mai 1945 oder an diesem Tage eingetreten ist. Der gleiche Grundsatz muß aber auch bei Auslegung der lit. c Geltung haben. Auch hier kann es nicht darauf ankommen, wann der Tod des Opfers eingetreten ist, sondern wann die zum Tode führende Schädigung entstanden ist. Liegt dieses Ereignis in dem im Gesetz bezeichneten Zeitraum, so ist der Zeitpunkt des Eintrittes der Folge — als solche kann selbstverständlich nur der durch das schädigende Ereignis kausal bedingte Eintritt des Todes angesehen werden — für die Frage der Anspruchsberechtigung ohne Bedeutung. Eine andere, der verfehlten sprachlichen Konstruktion des Gesetzes folgende Auslegung würde zu dem Ergebnis führen, daß zum Beispiel einem bei Kriegsende aus dem Konzentrationslager befreiten Widerstandskämpfer, welcher einer in der Haft zugezogenen Krankheit nach dem 9. Mai 1945 erliegt, die Anerkennung versagt werden müßte. Ein Ergebnis, welches nach Auffassung des Gerichtshofes der Absicht des Gesetzgebers nicht entsprechen kann, weil es zu einer ungleichen Behandlung im wesentlichen vollkommen gleich gelagerter Fälle führen würde.

Diese Erwägungen haben dazu geführt, daß ein verstärkter Senat über die dem vorliegenden Rechtsfall zugrunde liegende Frage den folgenden Rechtssatz beschlossen hat:

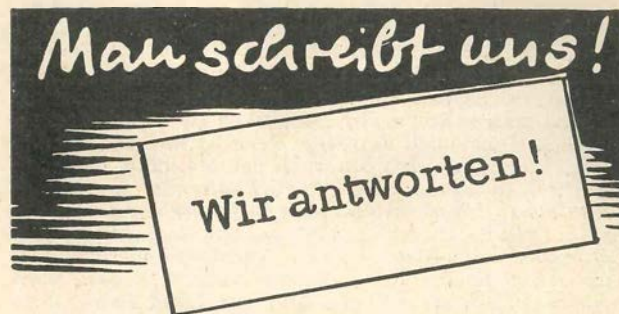
Unter § 1 Abs. 1 lit. c OFG 1947, BGBl. Nr. 183/1947, fallen auch jene Personen, die zwar in der Zeit vom 6. März 1933 bis zum 9. Mai 1945 im Kampfe eine Verwundung erlitten oder eine Krankheit erworben, sich in Haft befunden oder eine Mißhandlung erlitten haben, jedoch erst nach dem 9. Mai 1945 verstorben sind.

Der in diesem Rechtssatz zum Ausdruck gebrachten Rechtsanschauung folgend, mußte daher die Begründung des angefochtenen Bescheides als rechtswidrig erkannt, der Beschwerde Folge gegeben und der angefochtene Bescheid aufgehoben werden.

### **Bonner Beamtenentschädigung — nur für deutsche Staatsbürger**

Verschiedene, vor allem ÖVP-Zeitungen, brachten in letzter Zeit Berichte, wonach das Bonner Beamtenentschädigungsgesetz auch auf österreichische Staatsbürger Anwendung finde. Diese Berichte wurden nunmehr vom Bundeskanzleramt offiziell dementiert.

In der Bekanntmachung heißt es: Die in den Tageszeitungen und im Rundfunk verbreitete Nachricht, wonach österreichische Staatsbürger, die in den Jahren 1938 bis 1945 im öffentlichen Dienst auf dem heutigen Gebiet der Republik Österreich tätig waren, alle mit der Geltendmachung von beamten- und sozialrechtlichen Forderungen oder Versorgungsansprüchen zusammenhängenden Anfragen an das Bayrische Hauptstaatsarchiv in München beziehungsweise an das Bundesarchiv in Koblenz richten können, ist unrichtig. Der bezügliche Erlaß des Bundesministeriums des Inneren in Bonn bezieht sich ausschließlich auf deutsche Staatsbürger.



### **Bezeichnend**

Ein Genosse aus der Schweiz schickt uns einen Brief, den wir nur auszugsweise abdrucken können, obwohl er ein bezeichnendes Blitzlicht auf eine immer mehr um sich greifende Geisteshaltung wirft, die wir nicht aufmerksam genug verfolgen können.

*Liebe Genossen!*

*Kürzlich las ich in einer badischen Zeitung über das Randalieren von angetrunkenen Schweizern in einer Wirtschaft in Lörrach. Die Schweizer sollen sich so unglaublich benommen haben, daß die Polizei und das Gericht eingreifen mußten. Die Schweizer hätten unter anderem die Polizisten als „Sauschwabe“ titulierte. In einem redaktionellen Kommentar wird dann gesagt: „Der vorliegende Fall ist nicht der erste dieser*

### **Demokratie und Verfassung**



**V** Selbst der bedeutendste Mann Österreichs, Ing. Julius Raab, hat sich über die Demokratie wenig lobend geäußert. In der kleinen Stadt Korneuburg bei Wien schwor er 1930 den heiligen Eid: „Wir wollen Österreich von Grund auf erneuern. Wir wollen den Volksstaat des Heimat-schutzes. Wir wollen nach der Macht im Staate greifen und zum Wohl des gesamten Volkes Staat und Wirtschaft neu ordnen... Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat!“

Art. Dasselbe Bild kann man fast an jedem Wochenende in Lörrach mit angetrunkenen Schweizern erleben. Es wäre angebracht, derartige Gäste fernzuhalten, die ihrem Lande wahrlich keine Ehre machen.“

Nun, es ist nicht meine Absicht, solche Radaubröder in Schutz zu nehmen. Ihr Benehmen ist zu verurteilen, gleichgültig, ob sich derartige Vorfälle in Basel oder in Lörrach ereignen. Ich bin auch der Meinung, daß man sich im Auslande sogar zurückhaltender aufzuführen sollte als zu Hause. Aber wenn in badischen Zeitungen heute, gewissermaßen vom hohen Roß herab, die Schweizer generell aufs Korn genommen werden, und man diese als die Radaubröder hinstellt, wobei noch bemerkt wird, sie würden „für ihr Land keine Ehre einlegen“, so muß ich bemerken, daß es auch viele Deutsche gab und gibt, die bei uns für ihr Land keine Ehre eingelegt haben und keine einlegen! Ich möchte das wieder einmal deutlich sagen, weil das Gedächtnis der deutschen Presse manchmal gar zu kurz und lückenhaft erscheint.

Ich hätte diese Sache nicht aufgegriffen, wenn mir nicht selbst etwas begegnet wäre, das zum Aufsehen mahnt. Ich war zwischen Weihnachten und Neujahr mit meiner Familie im Schwarzwald in einem kleinen Hotel. In der Silvesternacht verletzte sich das Kind eines deutschen Gastes. Sein Vater, ein großer Mann, ging hin und prügelte einen anderen Knaben durch, und zwar mit ausgesprochener Brutalität, obwohl der betreffende Knabe am Vorfall unschuldig war. Der Vater des verprügelten Knaben, ein Deutscher, der lange Zeit im Ausland gelebt hatte, regte sich mit Recht auf und sagte zu dem Prügelhelden: „Wie ich höre, waren sie in der SS. Die Zeiten der SS sind aber vorbei.“ Ferner sagte er laut in der Wirtschaft: „Man hätte diese Schweinebande von SS nach Kriegsende an die Wand stellen sollen.“

Tatsächlich war der Prügelheld ein ehemaliger SS-Offizier, der nach dem Kriege mehrere Jahre im Gefängnis saß! Aber die deutschen Hotelgäste, unterstützt von der Wirtin, stellten sich hinter den Prügelhelden und ehemaligen SS-Offizier und holten den Gendarm! Daraufhin hat der Gendarm zahlreiche Gäste, unter anderem auch mich, einvernommen, nicht etwa deshalb, weil ein Kind brutal verprügelt wurde, sondern weil der Vater des Kindes den SS-Offizier und mit der SS „alle Deutschen, die an der Front waren“, beleidigt habe!

Ich will aus diesem ungeheuerlichen Vorfall, welcher alles dick unterstreicht, was ich über das heutige Deutschland in der „A-Z“ schon publiziert habe, meine Konsequenzen ziehen. Aber der badischen Nachbarpresse wäre zu sagen, sie sollte sich nicht nur um die randalierenden Schweizer in Lörrach kümmern, sondern auch um das viel gefährlichere SS-Gesindel, welches sich in Deutschland herumtreibt und das leider dort wieder Oberwasser hat. Übrigens könnte es einem auch vor der „Europaarmee“ grausen, wenn man hört, daß von den mehr als 100.000 Freiwilligen, die sich bei der Wehrstelle Blank in Bonn gemeldet haben, der größte Teil ehemalige SS-Leute seien...

M. W. (Basel)

### Roter Antisemitismus?

Wenn ich beschuldigt werde, so sagte einmal Anatol France, die Türme von Notre-Dame gestohlen zu haben, dann fliehe ich so schnell wie möglich. Gegen die absurde Beschuldigung gibt es keine Verteidigung. Als der Chef der Staatskanzlei in Pankow, Professor Leo Zuckermann, nach dem Westen floh, war es wohl nicht um einer greifbaren Verfehlung oder Abweichung willen. Er ist der Schöpfer der Verfassung der „DDR“, der Deutschen Demokratischen Republik; er war ihre staatsrechtliche Leuchte. Er schien als die rechte Hand des Staatspräsidenten unantastbar zu sein. Mit der Unberechenbarkeit des Blitzes brach die Ungnade über ihn herein. Wessen man ihn beschuldigt, ist für einen gewöhnlichen Geist kaum greifbar. Der richtige und falsche Weg ist im östlichen Machtbereich nur durch feinste Unterscheidungen auseinanderzuhalten. Es wäre begreiflich, wenn der totalitäre Staat seine Gegner vernichtete — begreiflich, wenn auch furchtbar. Aber die Slanskys und Zuckermanns waren gar keine Gegner

und wollten keine sein. Der Staat behandelt sie nur, als ob sie welche wären. Der totalitäre Staat braucht Feinde, um sich und seine Gewalt zu rechtfertigen. Das Leben der äußersten Anspannung und grausamen Entbehrung ist nur in einem Zustand der Bedrohung aufrechtzuerhalten. Der Staat löscht Menschen nicht aus, weil sie seine Gegner sind; er erklärt sie vielmehr zu seinen Gegnern, weil er sie vernichten möchte. Jeden kann es treffen; denn eines jeden Untergang ist nur ein Gleichnis. Die Drohung, die an das Dasein des Herrn Zuckermann griff, hatte eine bestimmte Bewandnis. Die SED hatte verlautbaren lassen, daß alle Funktionäre und Beamte überprüft werden sollten, die während des Dritten Reiches nach dem Westen emigriert waren. Das Gros solcher Emigration aber wurde vom Judentum gebildet. Aus ganz elementaren Gründen blieb den Juden kein anderes Zufluchtsgebiet. Was sollten sie in der Sowjetunion, falls es nicht Parteikommunisten waren? Dabei half den Juden keine Anpassung oder Mimikry, keine Kapitulation, keine Preisgabe, die den nur politischen Gegnern noch als letzte Zuflucht blieben. Jetzt werden sie dadurch abgestempelt; sicherlich, sie werden noch nicht als Emigranten und als Juden verfemt. Die Rasse ist kein möglicher Begriff für die Machthaber im sowjetischen Raum. Aber die Juden werden heute als „Kosmopoliten“ angegriffen; ihre internationalen Verbindungen sind verdächtig. Wie immer aber Ideologien und Begründungen sind, die Sowjetmacht hat sich in vielen Bereichen als Testamentsvollstrecker Hitlers erwiesen. Es wäre eine Lüge, zu sagen, daß Stalin Antisemit im Stile Hitlers sei. Aber für das Judentum ist drüben der Geruch von Gefahr und Vernichtung, in den das Hitlerreich die Welt hüllte, noch nicht verweht.

G—t (Wien)

**Arbeiter! Angestellte!**

Entleht Bücher der Betriebsbüchereien!

**Betriebsrat!**

Sorge für den Ausbau der Betriebsbücherei!

Die Betriebsbüchereien  
werden betreut durch den

**Verlag des Österreichischen  
Gewerkschaftsbundes**

Reise- und Versandbuchhandel

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

**Kammern für Arbeiter und Angestellte**

**Redaktionsschluß**  
für die nächste Nummer: 15. März 1954

# Ausschreibung von Tabaktrafiken

In Wien, Niederösterreich und dem Burgenland sind folgende Tabaktrafiken ausgeschrieben. Wir machen darauf aufmerksam, daß sich alle Amtsbescheinigungsbesitzer unter den vorgeschriebenen Bedingungen um die Verleihung dieser Trafiken bewerben können. Mit-

glieder unseres Bundes, die die Absicht haben, sich um eine Trafik zu bewerben, mögen alle näheren Daten zusammen mit einer Durchschrift des bezüglichen Ansuchens so rasch als möglich über die zuständigen Landesorganisationen an uns einsenden.

Im Wege der öffentlichen Ausschreibung bis 27. Februar 1954 gelangen nachfolgende Tabakverschleißgeschäfte in Wien, Niederösterreich und Burgenland zur Wiederbesetzung:

## a) Tabaktrafiken in Wien

Standort:	Umsatz im Jahre 1952	Führung
Wien X, Columbusgasse 20 .....	101.840 S	verbunden oder selbständig
Wien XXI, Bisamberg, Hauptstraße-Ecke Bundesstraße, Kiosk .....	64.220 S	verbunden oder selbständig
Wien XXI, Enzersfeld, Kiosk .....	37.900 S	verbunden
Wien XXII, Eßling, Wehrbrücklgasse 396, Kiosk .....	53.879 S	verbunden oder selbständig

## b) Tabaktrafiken in Niederösterreich

Standort:	Bezirk	Umsatz im Jahre 1952	Führung
Chorherrn 36 .....	Fulln .....	15.376 S	verbunden
Deutsch Wagram, Gänserndorfstraße 37..	Gänserndorf .....	82.650 S	verbunden oder selbständig
Feichtenbach 29, Gemeinde Pernitz	Wiener Neustadt .....	28.140 S	verbunden
Grafenbach 69 .....	Neunkirchen .....	33.150 S	verbunden
Hermannstein 18, Gemeinde Friedreichs..	Gmünd .....	7.344 S	verbunden
Hollabrunn, Wiener Straße 56.....	Hollabrunn .....	36.178 S	verbunden
Kleinpertenschlag 9, Gemeinde Großpertenschlag .....	Zwettl .....	11.963 S	verbunden
Loosdorf 4 .....	Melk .....	32.565 S	verbunden
Melk, Wiener Straße 2.....	Melk .....	92.938 S	verbunden oder selbständig
Senftenberg 185 .....	Krems .....	36.980 S	verbunden
Stillfried 104 .....	Gänserndorf .....	41.000 S	verbunden oder selbständig
Trattenbach 61 .....	Neunkirchen .....	49.980 S	verbunden oder selbständig
Vitis 121 .....	Waidhofen a. d. Thaya.....	24.805 S	verbunden

## c) Tabaktrafiken im Burgenland

Standort:	Bezirk	Umsatz im Jahre 1952	Führung
Unterloisdorf 48 .....	Neusiedl a. See.....	35.477 S	verbunden
Halbturn, Budapester Straße 21.....	Oberpullendorf .....	28.628 S	verbunden

Die Anträge auf Verleihung dieser Verschleißgeschäfte sind auf den vorgeschriebenen amtlichen Vordrucken zu stellen, zu fertigen und spätestens am 27. Februar 1954, 12 Uhr, bei der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland als Bevollmächtigte der Austria Tabakwerke AG, vormals Österreichische Tabakregie, in Wien III, Vordere Zollamtsstraße 7, 1. Stock, Tür 134, unter verschlossenem Kuvert einzureichen.

Die Antragsformulare für die Verleihung eines Verschleißgeschäftes sind mit einem 30-S-Stempel, das Sittenzeugnis mit einem 6-S-Stempel und jede Beilage mit einem 1.50-S-Stempel zu versehen.

Ausgenommen von der Stempelpflicht für Verleihungsansuchen und Beilagen sind Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen und Kriegerwaisen aus dem Kriege 1914/1918, die im Besitze eines Rentenbescheides sind, und Opfer um ein freies, demokratisches Österreich, die durch eine Amtsbescheinigung nach § 4 des Opferfürsorgegesetzes vom 4. Juli 1947, BGBl. 183, anerkannt sind, weiter bedürftige Kriegsversehrte des Krieges 1939/1945 mit Versehrtenstufe I, II, III oder IV sowie Kriegerwitwen aus diesem Kriege, falls sie das 40. Lebensjahr bereits vollendet haben oder arbeitsunfähig sind beziehungsweise für mindestens ein versorgungsberechtigtes Kind zu sorgen haben.

Anträge, die nicht unter Benützung der amtlichen Vordrucke oder verspätet eingebracht werden, desgleichen Anträge, die nicht mit dem Nachweis der Verfügungsberechtigung des Bewerbers über ein vollkommen geeignetes Verschleißlokal belegt sind, bleiben unberücksichtigt. Überdies sind Anträge jener registrierungspflichtigen Personen (§ 4 NS-Gesetz 1947), die gemäß § 17 Absatz (2) des NS-Gesetzes 1947 belastet und nicht gemäß § 17 Absatz (4) NS-Gesetz 1947 von der Sühnepflicht ausgenommen sind, von der Bewerbung ausgeschlossen.

Die Verschleißgeschäfte dürfen am bisherigen Standorte oder, wenn das Stammlokal nicht zur Verfügung steht, in einem geeigneten, in unmittelbarer Nähe gelegenen Ersatz-

lokal ausgeübt werden. Die Handelsspanne für Tabaktrafiken beträgt derzeit bei selbständiger Führung 31, bei verbundener Führung 18 Prozent.

Die amtlichen Vordrucke sind bei der obengenannten Finanzlandesdirektion, Wien III, Vordere Zollamtsstraße 7, 1. Stock, Zimmer 134, sowie bei dem zuständigen Finanzamte beziehungsweise der zuständigen Steueraufsichtsstelle erhältlich, wo auch nähere Auskünfte erteilt werden.

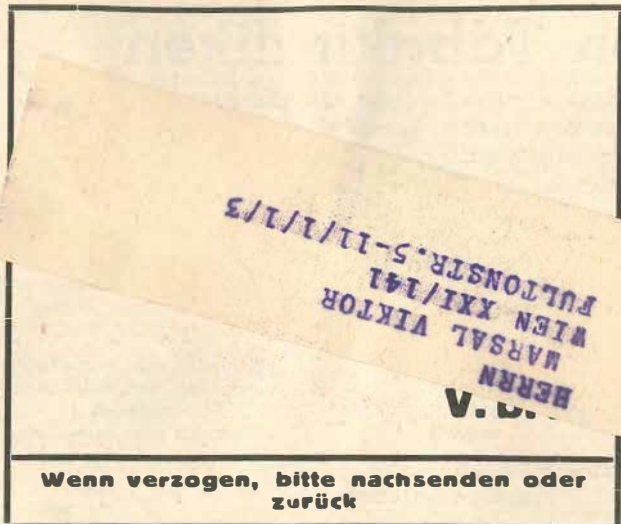
Bedürftige Kriegsbeschädigte des Krieges 1914/1918, die im Genusse einer Dauerrente stehen oder denen eine Dauerrente abgefertigt\*) wurde, Hinterbliebene nach solchen, denen eine dauernde Hinterbliebenenrente zuerkannt ist, Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich mit einer Amtsbescheinigung nach § 4 des Opferfürsorgegesetzes vom 17. Juli 1945 in der Fassung der Opferfürsorgeverordnung vom 31. Oktober 1945, weiter bedürftige Kriegsversehrte des Krieges 1939/1945 mit Versehrtenstufe I, II, III oder IV sowie Kriegerwitwen aus diesem Kriege, falls sie das 40. Lebensjahr bereits vollendet haben oder arbeitsunfähig sind beziehungsweise für mindestens ein versorgungsberechtigtes Kind zu sorgen haben, genießen bei der Vergebung von Tabakverschleißgeschäften ein unbedingtes Vorzugsrecht.

\*) Kriegerwitwen und Kriegerwaisen aus dem Kriege 1914/1918, die im Besitze eines Rentenbescheides sind, Kriegsbeschädigte, deren Rentenbezüge ganz oder teilweise abgefertigt wurden, haben ungeachtet der erfolgten Abfertigung auch dann als bevorzugte Bewerber zu gelten, wenn sie durch Amtsbestätigung des zuständigen Landesinvalidenamtes nachweisen, daß die der Abfertigung zugrunde liegende Rente als Dauerrente zuerkannt wurde.

Die Bestätigung des Landesinvalidenamtes über die Art der abgefertigten Rente ist ohne besondere Aufforderung schon bei Stellung des Antrages beizubringen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Verschleißbehörde während des Besetzungsverfahrens eine etwa fehlende Bestätigung vom Landesinvalidenamte nicht anfordert.

## Schutzbündler und RS

die noch nicht Mitglieder des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sind, melden sich in der nächsten Sprechstunde in ihrem Bezirk oder in ihrem Landessekretariat zum Beitritt an.



Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.

**Versicherungsschutz gegen alle Gefahren**

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Tel. U 21 6 20. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

## Sprechstunden

### in unseren Wiener Bezirksgruppen

1. Werdertorgasse 9 ..... Mi. 17 bis 18 Uhr
2. Praterstraße 25 a ..... Di. 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 41 .. Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60 b .... Do. 18 bis 19 Uhr
5. Kohlgasse 27 ..... Mi. 18 bis 19 Uhr
- Otto-Bauer-Gasse 9 ..... Mi. 19 bis 20 Uhr
- Neubaugasse 25 ..... Do. 18 bis 19 Uhr
- Josefstädter Straße 39 ..... Do. 17 bis 18 Uhr
9. Dreihackengasse 7 ..... Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Tolbuchinstraße 8/10, I. .... Di. 17 bis 19 Uhr
11. Drischützgasse 4 ..... Jeden 2. u. 4. Mo.  
18 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 ..... Fr. 18 bis 19 Uhr
13. Hietzinger Hauptstraße 22 .... Di. 18 bis 20 Uhr
14. Linzer Straße 297 ..... Fr. 17 bis 19 Uhr
- 15 a. Hackengasse 13 ..... Mi. 17 bis 19 Uhr
- 15 b. Rustengasse 9 ..... Fr. 18 bis 19.30 Uhr
16. Schuhmeierplatz 18 ..... Do. 17 bis 19 Uhr
17. Kalvarienberggasse 28 a, II/26 Jeden 1. u. 3. Mi.
18. Gentzgasse 62 ..... Fr. 18 bis 20 Uhr
19. Billrothstraße 48 ..... Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11 ..... Do. 18.30 bis 20 Uhr
21. Prager Straße 33 ..... Mo. 17 bis 19 Uhr
22. Donaufelder Straße 259 ..... Mo. 18 bis 19 Uhr
25. Liesing, Breitenfurter ..... Jeden 1. u. 3. Mo.  
    Straße 2 ..... 18 bis 19 Uhr

### in unseren Fachgruppen

Polizei:

9. Berggasse 41, Parterre (Hausver- Jeden 1. Do.  
    waltung) ..... 14 bis 16 Uhr

Wir bitten alle Mitglieder, die die Mitgliedsbeiträge für 1954 noch nicht bezahlt haben, diese während der nächsten Sprechstunde in ihrer Bezirksgruppe, in der Fachgruppe oder im Landesverband zu erlegen.

## Sprechstunden

### in unseren Landesverbänden

**Niederösterreich:**

- Mödling, Bezirkssekretariat der SPÖ, Hauptstraße 42 ..... jeden ersten Sonntag im Monat von 10 bis 11 Uhr

**Burgenland:**

- Eisenstadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Hauptstraße 5 ..... tgl. 9 bis 12 Uhr

**Kärnten:**

- Klagenfurt, Kammerbücherei der Arbeiterkammer, Bahnhofstraße 42, bei Genossin Lona Sablatnig und Genossen Eduard Goritschnig ..... tgl. außer Sa. 10 bis 12 Uhr

**Oberösterreich:**

- Linz, Landstraße 36, 1. Stock, Tür 3 ..... Di., Mi., Do. ab 15 Uhr

**Salzburg:**

- Sprechstunden entfallen bis auf weiteres.

**Steiermark:**

- Graz, Südtiroler Platz 13, Zimmer 15 ..... Mi. 17 bis 19 Uhr
- Bruck a. d. Mur, Arbeiterheim, Kirchplatz 5

**Tirol:**

- Innsbruck, Salurner Straße 2, 2. Stock, Zimmer 40 ..... tgl. außer Sa. 15 bis 18 Uhr